

SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 163

SOMMER 2006

€ 0,50

Mobilisiert die Macht der Arbeiterbewegung:

— Freiheit für — Mumia Abu-Jamal!



Workers Vanguard



COC Productions

Oben: Mumia Abu-Jamal. Links: 13. Mai 2000, San Francisco: „Es gibt keine Gerechtigkeit in den kapitalistischen Gerichten! Weg mit der rassistischen Todesstrafe“

Der Kampf um die Freiheit Mumia Abu-Jamals hat einen kritischen Punkt erreicht. Letzten Dezember beschloss das Dritte Bundesberufungsgericht in den USA ein „beschleunigtes“ Verfahren für Mumia. Sowohl Mumia als auch die Staatsanwälte fechten Beschlüsse an, die William Yohn, Richter am Bundesbezirksgericht, 2001 getroffen hatte, als er das Todesurteil aussetzte, aber jeden Aspekt des abgekarteten Schuldspruchs gegen Mumia bekräftigte. Die Staatsanwaltschaft kämpft darum, dass wieder die Todesstrafe verhängt wird. Es war klar, dass innerhalb einer kurzen Zeitspanne, vielleicht sogar innerhalb von sechs Monaten, das Gericht darüber entscheiden könnte, was Mumia bevorsteht: der Tod, ein Leben im Gefängnis oder weitere rechtliche Schritte.

Mumia, ein preisgekrönter Journalist, in seiner Jugend ein Sprecher der Black Panthers, ein Unterstützer der Organisation MOVE und unbeugsamer Gegner des rassistischen Staatsterrors, wurde 1982 von Philadelphias berüchtigter Maschinerie aus Bullen und Gerichten zu Unrecht angeklagt, den Polizisten Daniel Faulkner getötet zu haben, und in die Todeszelle verfrachtet. Das Komplott gegen Mumia Abu-Jamal ist zum Symbol dafür geworden, was das Wesen der rassistischen Todesstrafe ist. Die Todesstrafe in den

USA ist ein Erbe der Sklaverei, der legalisierte Lynchstrick.

Das Bundesberufungsgericht entschied im Dezember, dass Mumia in seiner Berufung nur drei Punkte anführen könnte statt der 25, die sein Anwalt vorgebracht hat: die rassistisch voreingenommene Auswahl der Jury bei seinem Verfahren 1982; die zur Beeinflussung der Geschworenen führende Aussage im Plädoyer des Bezirksstaatsanwaltes, Mumia würde sowieso „eine Berufung nach der anderen“ haben; und nach seiner Verurteilung die ungeheuerlich voreingenommenen Anhörungen vor Richter Albert Sabo in den 90er-Jahren. Diese Punkte sollten durchaus vor Gericht angefochten werden. Aber jeder Aspekt von Mumias Fall zeigt, wie sehr die kapitalistischen Herrscher ihn tot sehen wollen.

Die harte Realität ist, dass jedes Gericht in diesem Fall sich geweigert hat, die zahllosen anderen Verletzungen von Mumias Rechten anzuhören, und noch nicht einmal die eidesstattliche Erklärung von Arnold Beverly zur Kenntnis genommen hat, in der dieser gesteht, dass er von der Mafia angeheuert wurde, um Faulkner zu töten, und dass Mumia nichts damit zu tun hatte. Kein Gericht hat dieses Geständnis oder die Massen an zusätzlichen Beweisen für Mumias Unschuld zugelassen. Um eine Vorstellung zu geben, gegen

Fortgesetzt auf Seite 2

Freiheit für Mumia...

Fortsetzung von Seite 1

welchen Gegner Mumia antreten muss: Viele der Richter des Dritten Bundesberufungsgerichts sagten zu Gunsten des Reaktionärs Samuel Alito aus, als im Januar die Anhörungen über seine Berufung an den Obersten Gerichtshof stattfanden. Zu den Mitgliedern dieses Berufungsgerichts gehört auch Marjorie Rendell, Ehefrau des Gouverneurs von Pennsylvania, des Demokraten Ed Rendell, der während des abgekarteten Prozesses gegen Mumia Bezirksstaatsanwalt von Philadelphia war und während seiner ganzen politischen Laufbahn hartnäckig auf Mumias Hinrichtung hingearbeitet hat.

Eine Bewegung von Millionen weltweit, unter denen Gewerkschafter eine zentrale Rolle spielten, hatte es geschafft, im August 1995 einen Aufschub von Mumias Hinrichtung zu erreichen. Damals und in den folgenden paar Jahren war Mumias Name überall bekannt. Artikel über Mumia und die von ihm verfassten Kommentare waren regelmäßiger Bestandteil der Schwarzen-Zeitungen in den USA. Mumias Gesicht prangte auf den T-Shirts von studentischen Aktivistinnen und Ghettojugendlichen; sein Name wurde im Hip-Hop zum Symbol für rassistische abgekartete Anklagen, und viele Gewerkschaftsaktivisten sprachen über ihn. 1995 griffen 70 000 Arbeiter in Rom bei ihrer Gewerkschaftsdemo gegen Rentenkürzungen den Ruf nach Mumias Freiheit auf. In Deutschland machte die Fachgruppe Journalismus Berlin-Brandenburg der IG Medien (heute in ver.di) Mumia zu einem Ehrenmitglied ihres Vorstands. In Hamburg wurden bei einer Demo von Tausenden für Mumias Freiheit kurdische Demonstranten willkommen heißen, die Freiheit für ihren gekidnappten PKK-Führer Ocalan forderten, dem in der Türkei die Todesstrafe drohte. Mumias Schicksal verband sich mit dem allgemeinen Gefühl des Hasses gegen das kapitalistische Unrechtssystem – ein System des Rassismus, Kriegs und Elends. Er wurde zum Helden für Millionen, als er seinen Kampf um die Wahrheit fortsetzte, selbst aus der Gefängniszelle heraus, mitten in der Höhle des imperialistischen Monsters USA.

Diese kämpferische Bewegung von Millionen wurde demobilisiert zu Gunsten einer so genannten „Taktik“, „einflussreiche“ Leute dazu zu kriegen, dass sie einen „fairen Prozess“ für Mumia oder ein Moratorium der Todesstrafe fordern. Lehren müssen daraus gezogen werden, wie Mumias Unterstützer demobilisiert werden konnten. Die Antwort liegt im politischen Programm, sich auf die rassistischen kapitalistischen Gerichte zu verlassen und auf die angebli-

che Möglichkeit, das Strafrechtssystem durch öffentlichen Druck zu reformieren. Dieses Programm wird vorangetrieben von einer ganzen Schar liberaler und reformistischer Organisationen, die ihre Protestaktionen auf Forderungen nach einem „neuen fairen Prozess“ für Mumia ausrichten. In Deutschland werden nicht nur Illusionen in einen „neuen fairen Prozess“ geschürt, der alle Beweise berücksichtigen soll, sondern auch in das Moratorium zur Todesstrafe, das einige US-Bundesstaaten eingeführt haben. Dies ist ein Programm des Vertrauens in die rassistischen kapitalistischen Gerichte, die doch bei jedem einzelnen Schritt klargemacht haben, dass sie ebenso entschlossen sind, Mumia zu töten, wie der berüchtigte „Henker-Richter“ Sabo, der sagte: „Ich werde denen helfen, den N....r zu braten.“ Ein solches Programm ist der Mobilisierung der Macht der Arbeiterklasse für Mumias Freiheit diametral entgegengesetzt.

Der kapitalistische Staat und seine Gerichte sind keine neutralen Institutionen, sondern Repressionsorgane gegen die Arbeiterklasse und die Unterdrückten. Die Herangehensweise der Reformisten zerstreute die Kraft der Millionen auf der ganzen Welt, die den Kampf für Mumias Freiheit mit dem Kampf gegen Staatsterror und gegen ihre eigene Ausbeutung und Unterdrückung identifizierten. Seit die Spartacist League/U.S. und das Partisan Defense Committee (PDC) – eine klassenkämpferische, nichtsektiererische Organisation zur rechtlichen und sozialen Verteidigung – und dessen internationale Schwesterorganisationen (wie in Deutschland das Komitee für soziale Verteidigung, KfsV) 1987 Mumias Fall aufgegriffen haben, sprechen wir uns dafür aus, alle juristischen Möglichkeiten auszuschöpfen. Aber wir setzen unser ganzes Vertrauen in die Macht der Massen und keinerlei Vertrauen in die Gerechtigkeit der Gerichte. Uns ist klar, dass die Gerichte nur reagieren werden, wenn der Druck der Massenbewegung, besonders der Arbeiterbewegung, seine Kraft entfaltet.

Die Macht, die das Ruder für Mumia herumreißen kann, ist die Macht von Millionen – arbeitende Menschen, antirassistische Jugendliche, Gegner der Todesstrafe – vereinigt im Kampf, die Freiheit dieses unschuldigen Mannes zu fordern. Zentral für diese Perspektive ist die Mobilisierung der Arbeiterbewegung, die einen Vorgeschmack ihrer sozialen Macht gab, als letzten Dezember in New York City streikende Nahverkehrsarbeiter das Finanzzentrum des US-Kapitalismus lahm legten. Ebenso im Frühjahr, als französische Gewerkschafter die Studenten unterstützten und den verhassten „Erstanstellungsvertrag“ zu Fall brachten, selbst

Fortgesetzt auf Seite 12

SPARTAKIST

herausgegeben vom Zentralkomitee der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

Redakteur: Steffen Singer
Produktionsleiter: Oliver Wegenstein, Vertriebsleiter: Kurt Weiss
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
E-Mail: spartakist@online.de
Redaktion Spartakist: Tel. (0 30) 4 43 94 01
Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der
Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: S. Schaller, 10179 Berlin
Abonnement (4 Ausgaben) € 4,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01, BIC PBNKDEFF
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
Druck: Druckerei Bunter Hund, Berlin
ISSN 0173-7430

Nr. 163

SOMMER 2006

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429, New York, NY 10116, USA
www.icl-fi.org

KONTAKTADRESSEN

Berlin: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
Telefon: (0 30) 4 43 94 00

Hamburg: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (0 40) 32 36 44

E-Mail: spartakist@online.de

Dieser Ausgabe des *Spartakist* wird im Postvertrieb *Spartacist*
(deutsche Ausgabe) Nr. 25 beigelegt.

Verteidigt den deformierten Arbeiterstaat China!

Für proletarisch-politische Revolution!

Nachfolgender Artikel wurde übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 869, 28. April 2006, Zeitung unserer amerikanischen Genossen der Spartacist League/U.S.

In der letzten Zeit kamen Differenzen innerhalb der chinesischen Staatsbürokratie über die Richtung der Wirtschaftspolitik deutlich zum Vorschein. Eine Reihe von stalinistischen Bürokraten und Ideologen sind besorgt darüber, dass Entlassungen und andere Fehlentwicklungen – Ergebnis von Beijings „Marktrefor-“

WORKERS VANGUARD

die den Investitionen westlicher und japanischer Imperialisten und der chinesischen Übersee-Bourgeoisie Tür und Tor öffneten – die Grundlage schaffen für eine unkontrollierbare soziale Explosion.

Unruhen richten sich gegen Korruption, soziale Ungleichheit, Verlust von Sozialleistungen und Beschlagnahme von Bauernland durch Regierungsstellen ohne gerechte Entschädigung. Die Statistik der chinesischen Regierung spricht von 87 000 Protesten allein im letzten Jahr, in die „Massen involviert“ waren – ein Durchschnitt von etwa 240 pro Tag. Die Privatisierung vieler staatseigener Fabriken hatte zum Ergebnis, dass Millionen entlassen wurden. Die Unruhen haben bei einer Anzahl von Treffen und Foren, die von der KPCh (Kommunistische Partei Chinas) gesponsert wurden, zu Debatten geführt zwischen führenden Elementen der Bürokratie, die die wirtschaftliche „Öffnung“ unvermindert fortsetzen wollen, selbst ernannten „Neo-Marxisten“, die das Wüten der „Marktrefor-“ durch stärkere staatliche Intervention im Zaum halten wollen, und maoistischen „Konservativen“, deren Ziel die Rückkehr zu einer bürokratisch geplanten Wirtschaft ist. Im März entbrannte auf einer Sitzung der gesetzgebenden Körperschaft, des Nationalen Volkskon-



China Labour Bulletin

Über 6000 Arbeiter der Textilfabrik Tianwang in der chinesischen Provinz Shaanxi, hauptsächlich Frauen, streikten 2004 fast sieben Wochen lang gegen die Übernahme ihrer Fabrik durch Kapitalisten aus Hongkong

gresses, eine Kontroverse über einen Gesetzesvorschlag zum Schutz privater Eigentumsrechte, mit dem Ergebnis, dass der Gesetzentwurf erst einmal auf Eis gelegt wurde.

Die Situation in China wirft ein Schlaglicht auf das trotzkistische Verständnis, dass dieses Land ein deformierter Arbeiterstaat ist, in dem eine privilegierte, parasitäre Bürokratie auf den vergesellschafteten Eigentumsformen thront, die durch die Revolution von 1949 geschaffen wurden. Die Bürokratie lässt sich von dem Wunsch leiten, ihre Privilegien zu schützen, und verteidigt daher das Staatseigentum nur insoweit, als sie das Proletariat fürchtet. Wir als Marxisten haben die Position, dass eine vergesellschaftete Wirtschaft mit zentralisierter Wirtschaftsplanung auf der Grundlage von Arbeiterdemokratie von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung der Produktivkräfte ist. Marxisten wollen die schöpferische Kraft der Menschheit freisetzen, die durch das kapitalistische System und frühere Formen einer in Klassen geteilten Gesellschaft gefesselt ist. Diese Vorstellung von einer kommunistischen Zukunft setzt eine weltweite Wirtschaftsordnung voraus, die darauf basiert, dass die Produktionsmittel der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder durch internationale proletarische Revolution enteignet wurden.

Unsere Broschüre „Marktsozialismus“ in Osteuropa (August 1989) erklärt dazu:

„Die stalinistischen Regime haben eine *eigene Tendenz*, die zentrale Planwirtschaft preiszugeben zugunsten von wirtschaftlichen Arrangements, die folgende wesentliche Merkmale tragen: Produktionsmenge und Preise werden

Fortgesetzt auf Seite 4

SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Abonniert die Zeitung der SpAD!

- Jahresabo (4 Ausgaben): € 4,-
 Auslandsabo: € 7,50; Übersee Luftpost: € 10,-
 Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

163

Bestellt bei:

Verlag Avantgarde, Postfach 23555, 10127 Berlin
 Konto 11988-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
 IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01, BIC PBNKDEFF



China Internet Information Center

Beijing, 22. Mai: Merkel trifft chinesischen Präsidenten Hu

China...

Fortsetzung von Seite 3

bestimmt durch den atomisierten Wettbewerb zwischen einzelnen Betrieben; die Investitionshöhe sowie die Gehälter des Managements und die Löhne der Arbeiter sind an die Rentabilität des Unternehmens gekoppelt; unrentable Betriebe werden stillgelegt, das Ergebnis ist Arbeitslosigkeit; Preissubventionen werden abgeschafft, das Ergebnis ist eine höhere Inflationsrate; der Einfluss der kleinkapitalistischen Unternehmer wird erweitert, besonders im Dienstleistungssektor; verstärkte Wirtschafts- und Finanzbeziehungen zum westlichen und japanischen Kapitalismus, einschließlich Joint ventures, werden gefördert. Diese Maßnahmen laufen nicht auf einen schleichenden Kapitalismus hinaus, wie es viele westliche bürgerliche Kommentatoren und auch nicht wenige konfuse Linke behaupten. Dennoch werden da-

durch die inneren Kräfte für eine kapitalistische Konterrevolution gestärkt.“

Die grundlegende Schwäche der zentralen Planung in China, wie sie unter Mao Zedong existierte, bestand darin, dass sie auf bürokratischen Kommandos und Willkür beruhte und nicht auf Sowjetdemokratie (Arbeiterräten). Das Ergebnis beschrieb Leo Trotzki hinsichtlich der Sowjetunion unter Stalin in *Verratene Revolution* (1936): „Die Sowjetproduktion scheint geprägt vom grauen Stempel der Indifferenz. In einer nationalisierten Wirtschaft sind die Demokratie des Produzenten und Konsumenten, Kritik- und Initiativfreiheit, d. h. Bedingungen, die mit einem totalitären Regime der Angst, der Lüge und der Kriecherei unvereinbar sind, die Voraussetzung für *Qualität*.“

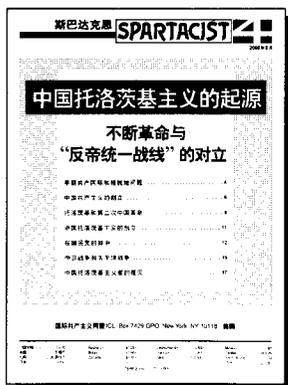
Viele der regierungskritischen Bürokraten und Intellektuellen – zumindest diejenigen, denen das KPCh-Regime jetzt gestattete, sich öffentlich zu äußern – haben ein bescheidenes Reformprogramm, dessen letztendliches Ziel es ist, die Herrschaft der stalinistischen Bürokratie zu bewahren. Sie fordern einfach mehr regulierende Eingriffe des Staates – nicht einmal unbedingt eine Rückkehr zur staatlichen Planung.

Ein Vertreter dieses Trends ist Cheng Enfu, leitender Direktor des Instituts für Marxismus an der chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften, der erklärte: „Wenn man marxistische Wirtschaftsvorstellungen akzeptiert, wird man auch der Meinung sein, dass die Regierung eine gewisse Kontrolle über die Marktwirtschaft haben sollte“ (Knight Ridder, 22. Februar).

Cheng war am 12. März in New York City bei einem Treffen des „Left Forum“ [Linkes Forum] als Redner geladen zu dem Thema: „Was Marxisten über Chinas gegenwärtige Entwicklung denken“. Cheng bezeichnete sich als „Neo-Marxist“ und erklärte, in China sei „der Anteil des Privateigentums zu hoch“ und „in einer privatisierten kapitalistischen Gesellschaft ist es unmöglich, Harmonie zu verwirklichen“. Gleichzeitig verteidigte er Beijings Politik der „Öffnung“ – d. h. gegenüber dem kapitalistischen/imperialistischen Eindringen – als „sehr richtig“.

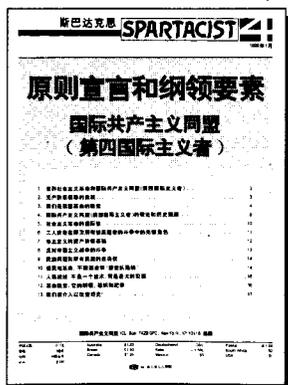
Ein Spartacist-Sprecher aus dem Publikum nahm zu-

In chinesischer Sprache erhältlich:



Die Ursprünge des chinesischen Trotzkismus

€ 1,-



Grundsatzerklärung und einige Elemente des Programms Internationale Kommunistische Liga

€ 1,-



1989/90: Revolution und Konterrevolution in Deutschland

€ 1,-



Enthält: Wie der sowjetische Arbeiterstaat erwürgt wurde

€ 1,-

Zu beziehen über die Verlagsadresse

WASG Berlin/SAV appellieren an bürgerliches Gericht

Prinzipienlose Manöver im sozialdemokratischen Sumpf

Am 31. Mai hat das Berliner Landgericht die bürokratische Absetzung des Berliner WASG-Landesvorstands durch den WASG-Bundesvorstand aufgehoben. Lafontaine & Co. wollten verhindern, dass die Kandidatur der WASG Berlin bei den kommenden Abgeordnetenwahlen die angepeilte Fusion der WASG mit der in Berlin mitregierenden Links-

Berliner Wahlen

partei.PDS stört. Gegen diese Entscheidung der WASG-Führung hatte SAV-Mitglied und Berliner WASG-Spitzenkandidatin Lucy Redler geklagt, und sie bezeichnete die Gerichtsentscheidung als einen „Erfolg für die WASG und die Menschen in Berlin, die sich gegen die unsoziale Politik des rot-roten Senats wehren“. Zugleich sei die Gerichtsentscheidung eine Niederlage für jene, „die versucht haben, politische Positionen durch Sanktionen auszuhebeln“, sagte sie der AFP (Yahoo! Nachrichten, 31. Mai).

Solches Lob für ein bürgerliches Gericht zeigt nur, dass Redler und der SAV, die immer wieder ihr rührendes Vertrauen in den bürgerlichen Staat demonstrieren, jeglicher Klasseninstinkt fehlt und die Unterordnung unter den bürgerlichen Staat ein fester Bestandteil ihres sozialdemokratischen Programms ist. Die bürgerlichen Gerichte und die Polizei sind Instrumente des kapitalistischen Staates zur Aufrechterhaltung der bürgerlichen Klassenherrschaft durch Verfolgung und Abschiebungen von Immigranten, Angriffe auf linke und Arbeiter-Demonstrationen, Unterdrückung von Streiks und Klassenkampf im Allgemeinen. So hat das Berliner Landgericht vor allen einen unerwarteten „Erfolg“ für sich selbst und den kapitalistischen Staat zu

verbuchen: die erfolgreiche Einmischung in die Arbeiterbewegung, denn letztlich entschied der Staat, und nicht die Mitglieder, über Redlers Kandidatur.

Grundsätzlich ist die WASG, wie auch SPD und PDS, eine Organisation, die geprägt ist durch den Widerspruch zwischen der proletarischen Basis und einer Führung mit bürgerlichem Programm: in Lenins Worten eine bürgerliche Arbeiterpartei. Die Klage der SAV/WASG Berlin gegen die WASG-Bundesleitung hat dem kapitalistischen Staat die Legitimation für diesen unerhörten Eingriff in eine linke Organisation geliefert und damit der Linken und Arbeiterbewegung viel schwereren Schaden zugefügt, als wenn die Berliner WASG nicht an den Wahlen hätte teilnehmen können. Dabei ist der SAV der prinzipienlose Charakter ihres Gerichtsverfahrens durchaus bewusst. So kann man auf der Homepage der SAV über deren schottische Schwesterorganisation, ebenfalls Teil des Komitees für eine Arbeiterinternationale (KAI), lesen, dass „der kapitalistischen Presse und den bürgerlichen Gerichten nicht das Recht eingeräumt werden darf, Einblick in interne Diskussionen der sozialistischen und der Arbeiterbewegung zu bekommen“ (sozialismus.info, 11. Juni).

Jeder klassenbewusste Gewerkschafter weiß, dass er bei jedem Streik von den Gerichten der Bosse bedroht wird. Ein deutsches Gericht hatte im April 2003 Streiks der Lokomotivführer für illegal erklärt. In den USA hat die verhängnisvolle Wirkung von Interventionen des kapitalistischen Staates in die Gewerkschaftsbewegung die Organisationen der Teamsters und der Bergarbeitergewerkschaft entscheidend geschwächt. Trotzki erklärte im Übergangsprogramm der Vierten Internationale zu den Aufgaben der Trotzkiisten: „Sie kämpfen unversöhnlich gegen jeden Versuch, die Gewerkschaften dem bürgerlichen Staat unterzuordnen und das Proletariat durch die ‚Zwangsschlichtung‘ oder alle möglichen anderen Formen polizeilicher – nicht bloß faschistischer, sondern auch ‚demokratischer‘ – Bevormundung zu knebeln.“

Der autokratische Bismarck hatte der Sozialdemokratie stets einen Polizeioffizier in die Versammlungen gesetzt, um die Anerkennung der Autorität des kapitalistischen Staates zu erzwingen. Die SAV/WASG machen das bürgerliche Gericht zum Schiedsrichter ihrer internen Auseinandersetzungen und liefern damit dem bürgerlichen Staat eine viel bessere Gewähr für ihre politische Unbedenklichkeit, als es der bismarcksche Gendarm konnte, den auch die SPD nie hätte akzeptieren dürfen.

Zu Recht greift Redler die feige Stimmhaltung der PDS im Berliner Abgeordnetenhaus im Falle der drohenden Abschiebung der kurdischen Familie Aydin an. Die PDS-



Uwe Steinert

Flüchtlinge im Abschiebeknast in Berlin-Grünau. Arbeiterklasse muss gegen Abschiebungen mobilisiert werden. Grauensvolle Haftbedingungen in dem Knast des kapitalistischen SPD/PDS-Senats führen regelmäßig zu Aufständen und Selbstmorden

Abgeordneten opferten die kurdische Familie der Administration des kapitalistischen Staates (von den Abschiebungen des SPD/PDS-Senats ganz zu schweigen). Doch die SAV/WASG bedienen sich der gleichen bürgerlichen Gerichtsbarkeit, um für ihre Kandidatur das Etikett „WASG“ vom WASG-Vorstand zu erzwingen. Die einen wie die anderen arbeiten für oder mit dem bürgerlichen Staat und sind ein Hindernis, wenn es darum geht, durch eine unabhängige Mobilisierung der Arbeiterklasse volle Staatsbürgerrechte für Immigranten zu erkämpfen und elementare Rechte der Arbeiter zu verteidigen. Daher ist der Anspruch der WASG/SAV, eine unabhängige Kandidatur gegen den bürgerlichen SPD/PDS-Senat darzustellen, ein Schwindel, und für klassenbewusste Arbeiter gibt es bei der kommenden Abgeordnetenhauswahl nichts zu wählen.

Die Familie Aydin und Zehntausende von Immigranten und Flüchtlingen sind die Opfer der Abschaffung des Asylrechts auch durch Lafontaines SPD 1992. Während Revolutionäre für die Spaltung der fortgeschrittenen Arbeiter von der sozialdemokratischen Führung kämpfen, ist die SAV für die *Einheit* mit den sozialdemokratischen Verrätern und Irreführern in der Führung der WASG: „Leider gibt es viele Anzeichen dafür, dass eine Schicht von kritischen Mitgliedern sich enttäuscht zurückzieht... Ich rufe alle Mitglieder auf, in der WASG zu bleiben“ (*Solidarität*, Juni 2006). Die SAV liefert nur die Sonntagsreden für den zweiten Aufguss der Sozialdemokratie in Gestalt von Linkspartei/WASG.

Bei der Konferenz der linken WASG-Opposition am 20. Mai in Kassel, in die wir Spartakisten intervenierten, versuchte die SAV sich der Unterstützung anderer Linker in der WASG zu versichern. Hier verteilte die Gruppe Arbeitermacht (GAM), ebenfalls stolzes Mitglied der WASG, ihr Flugblatt „Für eine organisierte linke Opposition!“ Unfreiwillig traf die GAM zur Frage der Kandidatur der WASG Berlin gegen die Linkspartei.PDS den Nagel auf den Kopf:

„Ein achtbares Ergebnis bei den Wahlen, vor allem aber eine reale Gewinnung von und engere Verbindung mit den von der Senatspolitik Betroffenen (Arbeitslose, MigrantInnen, Beschäftigte im Öffentlichen Dienst, SchülerInnen und Studierende...) würde die innerparteiliche Opposition in der WASG stärken, den Druck von links auf die WASG und die L.PDS erhöhen (und auch oppositionelle Kräfte in der PDS stärken).“

Damit bestätigt die GAM selbst, dass es bei dieser Kandidatur nicht um Klassenunabhängigkeit geht, sondern nur darum, den Druck auf die PDS und damit indirekt den regierenden SPD/PDS-Senat zu erhöhen.

In ihrem Flugblatt kritisiert die GAM auch die Stellung der WASG zur bürgerlichen Regierung:

„Die Formel, dass die WASG nur eine Beteiligung an Regierungen, die Sozialabbau betreiben und gegen [sic!] Neo-Liberalismus eintreten, ablehnt, ist ... zweideutig und falsch, weil dies die Übernahme der Verantwortung für das bürgerliche System durchaus einschließt (und damit noch immer ein Hintertürchen zur Regierungsbeteiligung offen lässt).“

In der Debatte über die Abschlusserklärung erhielt die

GAM die geforderte Klarstellung, indem das kritisierte „Hintertürchen“ als Programm für die Übernahme der kapitalistischen Regierung bestätigt wurde: „Resolution der Teilnehmer der Kasseler Konferenz der linken WASG-Opposition vom 20. Mai 2006 (beschlossen, ohne Gegenstimmen): ... Regierungsübernahmen kommen für uns nur in Frage, wenn wir für einen grundsätzlichen Politikwechsel über Mehrheiten verfügen und keine Kompromisse mit unseren substantiellen Inhalten eingehen müssen“ (sozialismus.info).



ND/Burkhard Lange

Berlin, 25. Mai 2005: BVG-Warnstreik. Ver.di-Spitze verhindert Streik und akzeptiert drastischen Lohnraub des SPD/PDS-Senats

Wir sind gespannt, mit welchen „Hintertürchen“ die GAM ihre prinzipienlose Unterstützung dieser Politik rechtfertigen wird.

Dagegen trat der Spartakist-Redner auf der Kasseler Konferenz auf: Er erinnerte an den Aufruf der SAV zur Berliner Wahl 2001 „Deshalb empfehlen wir bei der Zweitstimme die Wahl der PDS“ und erklärte, dass man nach der Konterrevolution 1990 und der Rolle der PDS beim Ausverkauf der DDR, wo Christa Luft die Treuhand gründete, Betriebe und Kindergärten massenweise dicht gemacht wurden, wahrlich keine Kristallkugel benötigte, um den Sozialabbau vorherzusehen, den die PDS in den bürgerlichen Regierungen von Berlin und Meck-Pomm dann umsetzte. Der Wahlauftrag der SAV für die PDS war genauso ein opportunistisches Manöver wie jetzt die SAV-Unterstützung für den Aufbau der reformistischen Wahlpartei WASG. Die WASG wurde von einigen IG-Metall-Bürokraten wie Klaus Ernst ins Leben gerufen, als Arschabdeckung für ihre Politik des Ausverkaufs der Tarifverträge und um Streiks gegen die Agenda 2010 der bürgerlichen Regierung Schröder zu verhindern. Reformismus heißt, seit Bernstein schon, Arzt am Krankenbett des Kapitalismus zu sein, und das geht nicht, ohne den Arbeitern das Blut auszusaugen, denn davon lebt das kapitalistische Profitsystem. Daher hat jede sozialdemokratisch geführte Regierung immer die erkämpften Rechte der Arbeiter angegriffen. Diese reformistische Politik ist verantwortlich für den größten Verrat in der Geschichte der Arbeiterbewegung: 1914 und 1933. Der bürgerliche Staat kann nicht reformiert werden, er muss, wie Marx erklärte, zerschlagen werden. Das genaue Gegenteil davon ist Lucy Redlers Anrufung des Gerichts des bürgerlichen Staats, dies kann nur der Arbeiterklasse schaden. Wir kämpfen für den Bruch vom Reformismus, für eine revolutionäre Partei! ■



**über
WASG:**

Opportunisten kritisieren Reformisten

Wer sich dieser Tage die *Revolution* (Zeitung der GAM-nahen Jugendgruppe Revolution, kurz Revo) reinzieht, kriegt den Eindruck, dass Revo Gefallen daran gefunden hat, die WASG scharf anzugreifen. So findet man mit dem Artikel „Trotz Trotzki – Wäre der Revolutionär Leo Trotzki auch in der WASG?“ in Ausgabe 18 (29. Mai) den beherzten Versuch, sich als orthodoxe Trotzlisten von SAV und Linksrück abzugrenzen, die sich in entgegengesetzten Flügeln der WASG opportunistisch liquidiert haben. So höhnt Revo:

„Alles in allem muss man feststellen, dass die WASG einen ‚Wir sind die guten Sozialdemokraten‘-Stil fährt. Somit stellt sie keine Perspektive für revolutionäre Linke dar – in ihrem Programm ist nichts als Vorschläge, wie man den Kapitalismus etwas menschlicher gestalten könnte. Es kann uns nicht um die Reform des bestehenden Staates, es muss um dessen Zerschlagung gehen.“

So weit, so gut. Aber was schlägt Revo als Alternative vor? Sie reden viel von der Notwendigkeit, eine „revolutionäre Massenbewegung“ aufzubauen, so im Zusammenhang mit den Protesten gegen das CPE in Frankreich: „Wenn in Zukunft solche Proteste wieder entflammen und die Reformisten wieder zur Ruhe aufrufen – und das passiert zwangsläufig! –, muss die Gegenstimme einer revolutionären Massenbewegung zu hören sein“ (*Revolution* Nr. 17, 24. April). Als Leninisten wissen wir, dass eine wirkliche revolutionäre Bewegung nur eine Bewegung unter der Führung der Arbeiterklasse sein kann, die allein die soziale Macht und das historische Interesse hat, den Kapitalismus zu zerschlagen. Voraussetzung dafür ist die politische Unabhängigkeit des Proletariats von den Kapitalisten und ihrem Staat. Und wir wissen, dass das unerlässliche Instrument dafür eine proletarische Avantgardepartei ist, die für den konsequenten Bruch mit allen Opportunisten eintritt. Deshalb intervenieren wir in Klassenkämpfe wie die Anti-CPE-Proteste, um diese Kämpfe voranzutreiben und um Arbeiter und Jugendliche für die Perspektive zu gewinnen, eine solche Partei aufzubauen.

Revo und die GAM (Gruppe Arbeitermacht) lehnen das ab. Stattdessen passen sie sich an die Vorurteile von kleinbürgerlichen Radikalen wie der Antifa und der Antiglobalisierungsbewegung an. Den Charakter der „Massenbewegung“, die sie sich vorstellen, sieht man am Beispiel der Sozialforen. Von bürgerlichen Stiftungen und Regierungen wie Lulas Volksfront in Brasilien geschaffen und gesponsert, dienen sie dazu, Jugendliche, die etwas gegen die schlimmsten Auswüchse des Kapitalismus haben, in Bahnen zurückzuführen, die niemals die kapitalistische Herrschaft gefährden werden. Denn die Sozialforen sind Volksfronten: Sie sind Bündnisse von Organisationen der Arbeiterklasse mit bürgerlichen Institutionen auf der Basis eines bürgerlichen Programms, und das bedeutet effektiv die Unterordnung der Interessen des Proletariats unter die der Kapitalisten. Zwar beschwert sich Revo über den Würgegriff der Sozial-

demokraten und Gewerkschaften, empfiehlt aber dennoch diese Institutionen der Klassenzusammenarbeit: „Trotzdem bleibt das ESF – wie es auf einem der zahlreichen Flugblätter ausgedrückt wurde – ‚trotz seiner Schwächen der einzige Rahmen für die Zusammenarbeit der europäischen Linken‘“ (*Revolution* Nr. 18). Die Liga für die Fünfte Internationale (L5I) der GAM schlägt die Sozialforen gar als Mittel vor, „um eine neue Internationale zu schaffen – eine Weltpartei der sozialistischen Revolution“ (*Anti-Capitalism: Summit Sieges and Social Forums*)! Was wohl die sozialdemokratische Friedrich-Ebert-Stiftung und die CIA-verbundene Ford Foundation (beides Sponsoren der Welt-Sozialforen) dazu sagen werden?

Trotz ihrer harschen Worte war Revo immer zur Stelle, wenn sie als linkes Feigenblatt gebraucht wurde. Während der Anti-CPE-Proteste in Frankreich lief eine breite Kampagne, in der die Jugendlichen aus den Vorstädten, überwiegend mit Immigrantenhintergrund, rassistisch als „casseurs“ („Hooligans“) beschimpft wurden. Revo schweigt in ihrem Artikel darüber und dient so als Abdeckung für das Bündnis aus Sozialistischer Partei, Kommunistischer Partei, Gewerkschaftsführungen und deren linken Wasserträgern, die für die Präsidentschaftswahlen 2007 eine neue Volksfront aufbauen wollen und diese rassistische Kampagne mitgetragen haben. Und noch zur Bundestagswahl 2005 hat Revo selbst dazu aufgerufen, das Linkspartei-Bündnis aus PDS und WASG zu wählen! In ihrem Artikel zur Wahl schrieben sie: „Die Linkspartei tritt offen gegen die Agenda 2010 und Hartz IV auf. Jede Stimme für sie ist eine Stimme der Ablehnung der CDU/SPD/FDP/Grünen-Politik“ (*Revolution* Nr. 13, 2. September 2005). Und das, nachdem der Berliner SPD/PDS-Senat jahrelang die Speerspitze der Angriffe auf die Arbeiterklasse darstellte und die WASG als linke Arschabdeckung diente, indem sie z.B. gerade dann Bündnisverhandlungen mit der PDS aufnahm, als diese im Senat den BVG-Arbeitern massive Lohnkürzungen aufdrückte. Nicht, dass Revo davon nichts mitbekommen hätte: „Aber ist die Linkspartei so oppositionell, wie sie vorgibt? Die PDS sitzt in den Landesregierungen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern, wo sie Hartz IV, Privatisierungen und weitere neoliberale Maßnahmen durchsetzt“ (ebd.).

Ihr aktuelles Auftreten als linkere Kritiker des WASG-Ausverkaufsverbands bedeutet nicht, dass Revo jetzt die Perspektive hätte, Arbeiter und Jugendliche von diesem sozialdemokratischen Hindernis zu brechen. Um ihre Zielgruppe, autonom geprägte Jugendliche, zu erreichen, ist die WASG einfach nicht mehr attraktiv genug: „Doch es ist nicht gerade erfolgversprechend, wenn junge KommunistInnen keine Jugendarbeit mehr machen, damit sie einen Verein alter SPDler ein Stück nach links rücken können“ (*Revolution* Nr. 18). Diese ehrenvolle Aufgabe überlassen sie natürlich lieber ihrer großen Schwester GAM, die (wie der Bericht zur Konferenz der WASG-Linken auf Seite 6 zeigt)

gut dafür geeignet ist. Als gute Schüler dieser Arschabdecker erwähnt Revo die opportunistischen WASG-Manöver der GAM – oder die GAM überhaupt – in ihrem Artikel „Trotz Trotzki“ mit keiner Silbe.

Unbefangen von ihrem eigenen Opportunismus klagt Revo weiter über SAV und Linksruck: „Eine wichtige Position der revolutionären Bewegung war und ist die Notwendigkeit, den Staat der Kapitalisten zu zerschlagen. Bei den ‚revolutionären‘ Gruppen in der WASG ist von diesem marxistischen Grundsatz keine Spur zu finden.“ Meint Revo mit den „revolutionären“ Gruppen – d. h. nicht-revolutionären Gruppen – auch die GAM, die ja ebenfalls in der WASG ist und mit ihren Ratschlägen an die Sozialdemokraten um Klaus Ernst, sie sollten Arbeitermilizen und Räte in ihr Programm aufnehmen, groteske Augenwischerei betreibt? Allerdings stellt auch Revo ganz ähnlich an Lafontaine und Co. die Gretchenfrage:

„Welche Regierung würde sie errichten, wenn sie die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich bringen könnte? Eine bürgerliche Regierung, zusammengesetzt aus SPD, Grünen und Linke, die nur dort kürzt, wo es ‚wirklich, absolut notwendig‘ ist? Oder eine sozialistische Regierung, die sich auf Räte der Werktätigen stützt, und beginnt, den Staatsapparat zu zersetzen und das Privateigentum abzuschaffen? Wer dieser Frage ausweicht, beantwortet sie im Sinne der herrschenden Verhältnisse!“ (*Revolution* Nr. 15, 13. Januar 2006)

Die Formulierung, in die Revo ihre Gedanken hier kleidet, weist Mängel auf, aber der Gedanke ist immerhin klar. Es fragt sich: Wer weicht hier aus? Ein kleiner Tipp für Revo: Die WASG schämt sich nicht, immer wieder deutlich zu machen, dass sie selbst den bürgerlichen Staat verwalten will. Dies zu vertuschen überlässt die WASG gerne den nützlichen Idioten von der GAM.

Doch diese Politik ist keine Dummheit, sondern hat bei der GAM programmatische Tradition. Im krassen Gegensatz zu ihrer Rhetorik von „Arbeitermilizen“ und „diesen Staat zerschlagen“ hat es die Tendenz von GAM/Revo/LSI immer ausgezeichnet, dass sie *niemals* die Diktatur des Proletariats verteidigt hat, wo diese, wenn auch bürokratisch deformiert, tatsächlich existiert. Obwohl sie gelegentlich von „deformierten Arbeiterstaaten“ schreibt, stand sie in der Praxis nie auf dem trotzkistischen Programm der bedingungslosen militärischen Verteidigung des degenerierten Arbeiterstaats UdSSR oder der früheren deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas gegen Imperialismus und kapitalistische Konterrevolution. Im Gegenteil stand sie, wie die Vorgänger von SAV und Linksruck, auf einer Seite mit den Imperialisten *gegen* die degenerierten/deformierten Arbeiterstaaten. Grundlage für unser Programm ist das marxistische Verständnis, dass der Staat aus „besonderen Formationen bewaffneter Menschen“ besteht und der Verteidigung bestimmter Eigentumsformen dient. In den deformierten Arbeiterstaaten wurden der kapitalistische Staat zerschlagen, die Kapitalisten enteignet und Staaten geschaffen, die kollektive Eigentumsformen verteidigen, allerdings unter der *politischen* Herrschaft einer parasitären Bürokratie. Weil diese Bürokratie den Arbeiterstaat in einer Weise verwaltet, die sein Fortbestehen unterminiert, ist eine *politische* Revolution der Arbeiterklasse

nötig – das kann nur auf der Grundlage der bedingungslosen militärischen Verteidigung des deformierten Arbeiterstaates geschehen. Revo hat dieses Verständnis nicht und weigert sich heute, die deformierten Arbeiterstaaten China und Vietnam zu verteidigen. Zwar gibt sie vor, Kuba und Nordkorea zu verteidigen, fordert aber im selben Atemzug die „Zerstörung des stalinistischen Staatsapparates“ (Revo-„Manifest“). Damit meint Revo nichts anderes als die Zerschlagung des einzigen Instruments, welches das kollektivierte Eigentum an den Produktionsmitteln verteidigt: des deformierten Arbeiterstaates. Indem sie diesen mit der bürokratischen Kaste an seiner Spitze gleichsetzt, verwischt Revo seinen proletarischen Klassencharakter. Die Verteidigung bereits erobelter Errungenschaften ist die Voraussetzung dafür, die Arbeiterklasse zu neuen Siegen zu führen: Für proletarisch-politische Revolution gegen die Bürokratie in den deformierten Arbeiterstaaten! Für sozialistische Revolution, um den Kapitalismus zu stürzen!

Wie zynisch Revos Forderung nach der Zerschlagung von Arbeiterstaaten ist, wird im Übrigen offenbar, wenn man sich anschaut, wie ihre österreichischen Genossen von der Gruppe ArbeiterInnenstandpunkt kokette Plaudereien mit dem Polizei-Sicherheitsbeauftragten vom Landesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (LVT) des *kapitalistischen* Staates Österreich führen (siehe Interview-Video vom 1. März 2006 auf www.arbeiterinnenstandpunkt.net).

Die Zerschlagung der degenerierten/deformierten Arbeiterstaaten hatte katastrophale Folgen für die Arbeiterklasse weltweit. Neben den verschärften Angriffen auf Sozialleistungen, der Entfesselung interimperialistischer Rivalitäten und neokolonialer Raubkriege hat sie dazu geführt, dass das Klassenbewusstsein der Arbeiter qualitativ gesunken ist. Der Glaube an den „Tod des Kommunismus“ ist weit verbreitet. So wird selbst bei militanten Arbeiterkämpfen nicht die Perspektive gesehen, das ganze kapitalistische System durch sozialistische Revolution zu zerstören. Dieser Rückgang im Bewusstsein ist der Boden, auf dem Hindernisse wie WASG oder Linkspartei.PDS gedeihen. Revo jedoch frohlockt angesichts dieser gewaltigen Niederlage: „Heute, nach dem Zusammenbruch der stalinistischen Sowjetunion und der fortschreitenden Krise des Kapitalismus haben sich die Voraussetzungen für uns Revolutionäre verbessert“ (*Revolution* Nr. 17). Gerade diese Bejubelung der Konterrevolution und die Ablehnung des Kampfes für eine proletarische Avantgardepartei, die die Arbeiterklasse zu neuen Oktoberrevolutionen führen kann, vereint Revo mit den so scharf kritisierten Reformisten von SAV und Linksruck. Wenn ihr nicht zu diesem Opportunisten-Verein gehören wollt, schaut euch das Programm der Spartakist-Jugend an! ■



NTVRU.com Archiv

Links: Von GAM unterstützte konterrevolutionäre Jelzin-Barrikaden (August 1991). Oben: Kapitalistische Konterrevolution bedeutet Elend für Millionen

Der Spiegel

Aktueller Stand der Kampagne:

Freiheit für Mumia Abu-Jamal, sofort!



Fotos: Le Bolchévik

Feierliche Einweihung der Straße Mumia Abu-Jamal in Saint-Denis, 29. April. Rechts: PDC-Sprecherin Rachel Wolkenstein legt Mumias Fall dar

Mumia Abu-Jamals Fall ist Gegenstand eines „beschleunigten Verfahrens“ vor Gericht und sein Leben schwebt erneut in großer Gefahr. Das Partisan Defense Committee (PDC) hat für die Freiheit Mumias eine neue Kampagne ins Leben gerufen, die in den Vereinigten Staaten und international wichtige Unterstützung erhalten hat. Die Kampagne wird in Deutschland von dem Komitee für soziale Verteidigung, Schwesterorganisation des PDC in Deutschland, aktiv unterstützt.

In Berlin unterzeichneten mehrere prominente Schriftsteller des Internationalen Kongresses des Schriftstellerverbandes P.E.N. – der vom 22.–25. Mai stattfand – die PDC-Erklärung, darunter die Nobelpreisträgerin Nadine Gordimer. In Mexiko unterschrieb Subcomandante Marcos von der Zapatistischen Armee der Nationalen Befreiung (EZLN) die Erklärung, als Adresse nannte er „die Berge des südöstlichen Mexikos“. Ein weiterer Unterzeichner ist der Schriftsteller Eduardo Galeano aus Uruguay.

Nadine Gordimer, eine überzeugte Gegnerin des ehemaligen rassistischen Apartheid-Regimes in Südafrika, schrieb eines ihrer berühmtesten Bücher, *Burgers Tochter* (1979), in der Zeit nach dem Aufstand von Soweto 1976, als schwarze Studenten und andere Protestierende abgeschlachtet wurden. Viele ihrer Bücher waren in Südafrika während dieser Zeit verboten. Weitere Unterzeichner der PDC-Erklärung auf dem P.E.N.-Kongress waren: Jiri Grusa (Präsident des Internationalen P.E.N.), der Dichter Chenjerai Hove aus Zimbabwe und Israels Friedensaktivist Uri Avnery aus Gush Shalom.

Der kapitalistische Staat USA, seine Bullen und Gerichte wollen Mumias Tod seit Jahrzehnten. Und heute verstärken Mumias Feinde ihre Anstrengungen. Am 29. April benannte der Pariser Vorort Saint-Denis eine Straße zu Ehren Mumias. Als Reaktion darauf haben Philadelphias Polizeibruderschaft (Fraternal Order of Police) sowie die nationale

Polizeibruderschaft einen Gegenangriff gestartet und damit erneute Tiraden von bürgerlichen Politikern und Philadelphias Medien gegen Mumia und seine Unterstützer ausgelöst. Eine im US-Repräsentantenhaus eingereichte Resolution (H. Con. Res. 407), die von verschiedenen Kongressabgeordneten Pennsylvanias – aus dem demokratischen wie auch dem republikanischen Lager – unterstützt wird, fordert, dass die französische Regierung Maßnahmen gegen Saint-Denis ergreift, falls der Straßename nicht geändert werden sollte.

Dieser bedrohliche Gegenwind unterstreicht die Dringlichkeit, die Anstrengungen im Kampf für Mumia zu verdoppeln. Während das PDC alle möglichen gerichtlichen Schritte im Interesse Mumias befürwortet, hat das

PDC seine aktuelle Kampagne auf dem Verständnis aufgebaut, dass Mumias Freiheit nur errungen werden kann, wenn die soziale Macht der Arbeiterklasse in Massenprotesten mobilisiert wird. Für diese Kampagne ist es von entscheidender Bedeutung, aktive Unterstützung in der Arbeiterbewegung zu gewinnen, in den USA wie auch international.

Zu den zahlreichen Gewerkschaften und Gewerkschaftsfunktionären, die sich dem Kampf für Mumia angeschlossen haben, zählt nun auch die New Yorker Ortsgruppe der Coalition of Black Trade Unionists (CBTU), die die PDC-Erklärung kürzlich unterschrieben hat. Beim internationalen Kongress der CBTU, der vom 24.–29. Mai in Orlando in Florida stattfand, konnten Vertreter des PDC auf mehreren Versammlungen eine Ansprache halten, und mehr als 60 Gewerkschaftsfunktionäre und -aktivisten unterstützten die Erklärung. Dazu gehörten Mitglieder der UAW aus der Region Detroit [Gewerkschaft der Automobilindustrie], AFSCME-Funktionäre aus den ganzen USA [Gewerkschaft der Beschäftigten bei Staat, Landkreisen und Kommunen], Bevollmächtigte der International Longshoremen's Association (ILA) aus den südöstlichen Häfen [Gewerkschaft der Hafearbeiter] und Mitglieder der Ontario Federation of Labor in Kanada [kanadischer Gewerkschaftsdachverband].

Weitere Unterzeichner sind: Ken Riley, Präsident der ILA Local 1422 in Charleston in South Carolina; Chris Silvera, Kassenwart des Teamsters Local 808 in New York [Lastwagenfahrer-Gewerkschaft]; Mary Selvie, Vorsitzende des Frauenausschusses der UAW für die Region 4, d. h. Region Chicago. Auch Aktivisten der Arbeiterbewegung aus Deutschland, Australien, Schweden und Bangladesch haben die PDC-Erklärung unterschrieben. Der Gewerkschaftsdachverband Südafrikas (National Council of Trade Unions in South Africa) hat eine eigene Erklärung zur Verteidigung

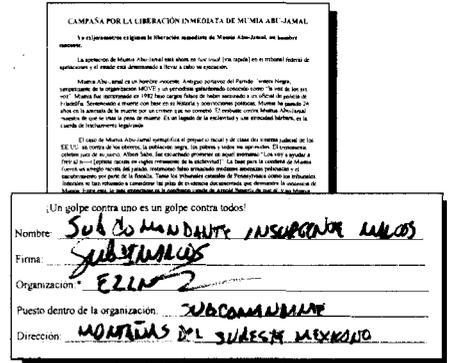
von Mumia verfasst. Ebenfalls eigene Erklärungen gab es aus Britannien vom Bezirk Southwark der UNISON – Gewerkschaft für den öffentlichen Dienst – und von Mike Gallagher, Gewerkschaftssekretär der Londoner University and College Lecturers' Union in Poplar am Tower Hamlets College.

Ebenfalls im letzten Monat haben PDC-Vertreter Mumias Fall bei einer Labor-Notes-Konferenz in Detroit [Labor-Notes: eine amerikanische Monatszeitung zu Fragen der Arbeiterbewegung] vorgetragen sowie beim Kongress der International Longshore and Warehouse Union in Vancouver in Kanada [Gewerkschaft der Hafentarbeiter]. Darüber hinaus hat das PDC auf einer Gedenkveranstaltung zum 40. Jahrestag der Black Panther Party in New York City einen Vortrag zu Mumias Fall gehalten. Die mit der Spartacist League/U.S. brüderlich verbundene New York Labor Black League konzentrierte sich auf die dringend benötigte finanzielle Unterstützung für Mumias Verteidigung: Bei einer Spendenaktion in Manhattans Lower East Side wurden über 400 US-Dollar gesammelt. Unterdessen haben Unterstützer der Kampagne in Chicago ein großes Jazz-Benefiz-Konzert für den 15. Juni vorbereitet.

Unter den Gewerkschaftern in Deutschland, die die PDC-Erklärung unterschrieben haben, sind Bernhard Stietz-Leipnitz, Betriebsgruppenvorsitzender, und mehrere Betriebsgruppenmitglieder der Post in Hamburg. Die Vertrauensleute von STILL in Hamburg schrieben ihren Mitgliedern in der Einladung zur Sitzung vom 27. Juni: „Die Chancen für Mumia Abu-Jamal, nicht erneut zum Tode verurteilt zu werden, stehen schlecht, wenn nicht erneut eine internationale Massenbewegung und insbesondere die Arbeiterklasse aller Länder sich seines Falles annimmt und durch Proteste ihn freikämpft. Weg mit der rassistischen Todesstrafe!“ Sie druckten ebenfalls die PDC-Erklärung ab und verabschiedeten sie auf dieser Versammlung als Resolution. Ebenfalls unterzeichnete Andreas Köhn von ver.di.

Auf dem Berliner Neues-Deutschland-Fest im Juni unterschrieben der Schriftsteller und Generaloberst a.D. Markus Wolf sowie Prof. Dr. Siegfried Prokop, Autor des

**Unterstützungs-
unterschrift von
Zapatisten-
Führer
Subcomandante
Marcos für die
Mumia-
Kampagne, aus
den „Bergen
Südost-Mexikos“**



Buches 1956 – DDR am Scheideweg und Vorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung, die vom PDC herausgegebene Erklärung, die fordert: „Freiheit für Mumia Abu-Jamal! Weg mit der rassistischen Todesstrafe!“. Christiane Ensslin, Schwester der politischen Gefangenen Gudrun Ensslin, brachte mit ihrer Unterschrift die Erinnerungen an das Schicksal einer der bekanntesten politischen Gefangenen der BRD ein (Gudrun Ensslin wurde am 18. Oktober 1977 erschossen in ihrer Stammheim-Zelle „gefunden“ im Rahmen des Rachezugs des Staates gegen die RAF). Die Kasserler Konferenz der WASG-Linken am 20. Mai verabschiedete eine Resolution zur Unterstützung von Mumia, die „Freiheit für Mumia Abu-Jamal! Weg mit der rassistischen Todesstrafe!“ forderte. Außerdem richtete die Stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, Inge Höger, MdB, diese Forderung mit einem Protestbrief an Edward G. Rendell, Gouverneur von Pennsylvania. Die Deutsche Kommunistische Partei gab ein Flugblatt für Mumia Abu-Jamal heraus. Es ist an der Zeit, Mumias Fall zum Schlachtruf gegen die rassistische Todesstrafe, gegen die Unterdrückung der Schwarzen, gegen die Repression durch die Regierung zu erheben. Erhebt eure Stimme, organisiert jetzt in eurer Gewerkschaft, an eurer Universität, in eurer Nachbarschaft und erhebt die Forderung: **Freiheit für Mumia Abu-Jamal! Weg mit der rassistischen Todesstrafe!** ■

Schließt euch der Kampagne an!

Finanzielle Unterstützung für die rechtliche Verteidigung wird sehr dringend gebraucht!

Spendet noch heute an „National Lawyers Guild Foundation“ (Stichwort „Mumia“), per Adresse: Committee to Save Mumia Abu-Jamal, P.O. Box 2012, New York, NY 10159. Oder überweist an: Werner Brand, Commerzbank Berlin, Konto-Nr. 590 109 500, BLZ 100 400 00, Stichwort „Mumia“, die Spenden werden weitergeleitet.

Organisiert Protestaktionen!

Verabschiedet Anträge mit der Forderung nach Mumias Freiheit in euren Gewerkschaften, Unis oder sonstigen Organisationen. Setzt euch dafür ein, dass eure Gewerkschaft oder Organisation spendet und sich an Demonstrationen und Protesten für Mumia beteiligt. Macht Mumias Fall bekannt, veröffentlicht ihn in Publikationen eurer Gewerkschaft oder anderer Organisationen.



Macht den Fall überall bekannt!

Kontaktiert das KfsV und besorgt euch die englischsprachige PDC-Broschüre *Mumia Abu-Jamal Is an Innocent Man!* [Mumia Abu-Jamal ist unschuldig!]. Diese Broschüre ist eine Waffe im Kampf für die Freiheit von Mumia, der als wortgewandter Kämpfer für die Freiheit der Schwarzen bekannt ist und seit fast 24 Jahren unschuldig in der Todeszelle sitzt. Die Broschüre liefert die eindeutigen Beweise, mit denen die abgekartete Anklage vollständig in der Luft zerrissen wird. Sie kostet € 0,50. Bestellt auch den PDC-Button mit der Aufschrift: „Free Mumia Abu-Jamal! Abolish the Racist Death Penalty!“, € 1,- je Button. Bestellt das PDC-Video (als VHS oder DVD) *From Death Row, This Is Mumia Abu-Jamal* für € 10,-. Bestellt das vierseitige KfsV-Flugblatt zum Weiterverteilen: Für € 2,- bekommt ihr 25 Exemplare. Bestellt bei, überweist an: Komitee für soziale Verteidigung



KfsV, c/o Werner Brand, Postfach 21 07 50, 10507 Berlin
 Telefon: (0 30) 4 43 94 01, Fax: (0 30) 4 43 94 02
 E-Mail: kfsv@online.de www.partisandefense.org

Bankverbindung: Werner Brand,
 Commerzbank Berlin,
 Konto-Nr. 590 109 500, BLZ 100 400 00



Spartaco

Rom, 1995: Mumia-Kontingent bei Massenarbeiterdemo gegen Rentenkürzungen

Freiheit für Mumia...

Fortsetzung von Seite 2

nachdem er offiziell schon eingeführt war. Auch in Deutschland zeigten Streiks im öffentlichen Dienst und in der Autoindustrie in diesem Frühjahr, welche potentielle Macht die Arbeiterbewegung ausüben kann.

Kein Vertrauen in den kapitalistischen Staat

Der Ruf nach Freiheit für die Opfer abgekarteter falscher Anklagen des kapitalistischen Systems war historisch immer ein Merkmal der Arbeiterbewegung: Freiheit für Sacco und Vanzetti, Freiheit für Max Hoelz (wegen seiner Rolle bei der Märzaktion 1921 zu lebenslanger Haft verurteilt), Freiheit für Julius und Ethel Rosenberg, Freiheit für Angela Davis. Niemandem würde es in den Sinn kommen, nach einem „fairen Prozess“ zu rufen für die Opfer vom „deutschen Herbst“ oder für junge Antifaschisten wie Daniel W. und andere, die nach dem verhassten Paragraphen 129a („Bildung einer terroristischen Vereinigung“) verurteilt wurden. Die Forderung nach ihrer Freiheit besagte einfach, dass jede einzelne Stunde, die sie im Gefängnis sitzen mussten, ein schändlicher Skandal ist. Wir Trotzkiten erheben Forderungen auf Grund unseres Verständnisses, dass der Staat, einschließlich seiner Gerichte, eine Organisation zur Durchsetzung der Klassenherrschaft ist, was im Kapitalismus die Herrschaft der bürgerlichen Klasse ist. Mumia Abu-Jamal ist ein politischer Gefangener, weil er als eine Bedrohung dieser Klasse gesehen wird. FBI-Chef J. Edgar Hoover hatte 1968 erklärt: „Den jungen Neger und den Gemäßigten muß klar gemacht werden, dass sie, wenn sie sich revolutionären Lehren verschreiben, tote Revolutionäre sein werden.“ Genau deshalb sagen wir, dass Mumia ein Opfer der Rassen- und Klassenjustiz ist, dass er ein Klassenkriegsgefangener ist.

In den USA wurde der Aufruf für die Freiheit Mumias, den das PDC seit 1995 als Basis für große Mobilisierungen erhoben hat, von Reformisten explizit zurückgewiesen, unter anderem von der Workers World Party (WWP), Socialist Action (SA) und der Revolutionary Communist Party (RCP, verbunden mit der RIM in Deutschland). Bei einem „Emergency Leadership Summit Meeting“ im Januar 1999 nahmen Vertreter von SA, Solidarity, WWP, Refuse & Resist der RCP, International Concerned Family and Friends of Mumia Abu-Jamal und andere eine Strategie und Losungen für die Demonstrationen „Millionen für Mumia“ am 24. April und darüber hinaus an. Nach einer Debatte ließ

man die Parole „Freiheit für Mumia“ und „Nieder mit der rassistischen Todesstrafe“ fallen zu Gunsten des Aufrufs für einen neuen Prozess.

In der Ausgabe der *jungen Welt* vom 1./2. Juni wurde die erste Erklärung des Internationalen Komitees zur Abschaffung der Todesstrafe veröffentlicht. Das Komitee wurde initiiert von Angela Davis, Robert Bryan (Mumias Anwalt), und wird in Deutschland von Individuen der Linkspartei.PDS, dem Internationalen Verteidigungskomitee in Bremen (IKV) und einigen langjährigen Mumia-Verteidigern unterstützt. Die Erklärung leugnet die politische Grundlage für das abgekartete Spiel des Staats gegen Mumia: „Der Journalist und Autor Mumia Abu-Jamal, dem ein faires Verfahren verweigert wurde, ist einer der Gefangenen, die unschuldig in der Todeszelle sitzen.“ Kein Wort davon, dass Mumia, in der Black Panther Party war, Unterstützer von MOVE war und auch nichts davon, dass er ungebrochen ein mutiger Opponent des amerikanischen Empires und des rassistischen und ungerechten Kapitalismus ist. Es ist bezeichnend, dass die Erklärung den 2. Juli, an dem sie verfasst wurde, lediglich als 30. Jahrestag der Wiedereinführung der Todesstrafe in den USA vermerkt, nicht jedoch als 25. Jahrestag der Verurteilung von Mumia durch die rassistische Klassenjustiz. Dahinter stehen Illusionen in die Neutralität der bürgerlichen Gerichte: „Wenn ihm endlich ein neues und faires Verfahren mit einer hochkarätigen Verteidigung garantiert würde, wie es eine internationale Kampagne seit mehr als zwei Jahrzehnten fordert, dann wäre das Ergebnis sicherlich völlig anders.“ Seit 25 Jahren trampelt ein Gericht nach dem anderen auf Mumias Rechten herum, wird der Berg von Beweisen seiner Unschuld ignoriert und zielstrebig vom Staat darauf hingearbeitet, ihn zu töten. Die Entschlossenheit der Bourgeoisie, Mumia umzubringen, muss daher beantwortet werden mit Massenmobilisierungen basierend auf der Arbeiterbewegung. Man muss den Klassencharakter der bürgerlichen Demokratie verstehen.

Wenn die Erklärung von „Freiheit für Mumia Abu-Jamal“ spricht, so sind das hohle Worte. Denn seine Unschuld wird nicht aufgezeigt und bewiesen und die wirkliche Forderung dieser Erklärung ist: „Wir stehen deshalb fest an seiner Seite und fordern mit ihm ein neues und faires Verfahren und seine sofortige Freilassung aus dem Todestrakt“. Also soll Mumia aus der Todeszelle in den Normalknast, um dann erneut vor Gericht gezerzt zu werden. Sie richtet sich an Reformisten und Liberale, für die Mumia Abu-Jamal nur ein weiterer X-beliebiger der anonymen 3300 Männer und Frauen in der Todeszelle ist, die hinter der Fassade „ordentlicher Verfahren“ zu Tode verurteilt oder lebenslang hinter Gitter gesperrt werden sollen. Diese Herangehensweise jedoch hat die Kräfte von Millionen auf der ganze Welt zerfaset und demobilisiert. Mumia ist unschuldig, und der Staat weiß das ganz genau. Jeder einzelne Tag, den Mumia im Gefängnis verbringt, ist eine himmelschreiende Ungerechtigkeit. Er muss raus aus dem Gefängnis, ohne wenn und aber, sofort!

Schon das Flugblatt des IKV Bremen vom 14. Januar „Jetzt kommt es auf die Solidaritätsbewegung an — Freedom Now!“ hat ausgesprochen, was diese Strategie in Europa bedeutet:

„Der Kreis der US-Bundesstaaten, die sich wie Illinois für ein Moratorium entscheiden, nimmt zu. Die kaltblütige Hinrichtung von Tookie Williams hat die Bewegung gegen die Todesstrafe stärker gemacht... In den Medien der BRD macht die US-Todesstrafenpraxis Schlagzeilen, ohne dass es hier in den letzten Jahren nennenswerte öffentliche Proteste gegeben hätte. Daraus kann im Umkehrschluss die Erkenntnis gewonnen werden: würde die Forderung nach einem generellen Moratorium der

Todesstrafe und nach einem neuen Prozess für Mumia Abu-Jamal heute von einer breiten Basisbewegung aus Friedens-, Gewerkschafts- und Menschenrechtsgruppen unterstützt von der Bundestagsfraktion der Linkspartei.PDS, gezielt zum Thema gemacht, wäre die Offenheit von Medien und Gesellschaft so groß wie nie zu vor. Die US-Regierung hat das Problem, dass sie in Europa nicht nur wegen Guantánamo, CIA-Entführungen, Folter und weiteren Völkerrechts- und Menschenrechtsverletzungen zunehmend unter Druck gerät, sondern auch wegen der Todesstrafe. Die EU verlangt seit Jahren für ein engeres Zusammengehen, dass die USA die Todesstrafe abschaffen müssen, wie es in immer mehr UNO-Staaten geschieht.“

Als Marxisten sind wir gegen die Institution Todesstrafe, kein Staat hat das Recht, über Leben und Tod zu bestimmen, jegliche Einschränkung des staatlich sanktionierten Mordens begrüßen wir. Aber es ist wichtig, zu verstehen, was hinter dem Moratorium steht: Ein Teil der Bourgeoisie ist besorgt darüber, dass die in der Öffentlichkeit stark beachtete Aufdeckung einer Reihe von mit Lug und Trug erreichten Todesurteilen die Autorität der Tötungsmaschinerie des Staates unterminieren kann (siehe „Abolish the Racist Death Penalty“ [Weg mit der rassistischen Todesstrafe], *Workers Vanguard* Nr. 730, 25. Februar 2000) und sie daran hindern kann, Kämpfer wie Mumia zu töten.

Es ist absolut gespenstisch, in dem Flugblatt des IVK zu lesen: „Die kaltblütige Hinrichtung von Tookie Williams hat die Bewegung gegen die Todesstrafe stärker gemacht.“ Das Gegenteil ist wahr. Trotz der Tatsache, dass die Todesstrafe an Popularität verloren hat, fehlte es vor der Hinrichtung gerade an organisierter Opposition. Proteste wurden in ohnmächtige Appelle an Kaliforniens republikanischen Gouverneur Schwarzenegger kanalisiert mit Bittschriften über E-Mail und Handy. Das beruhte auf der unglaublichen Illusion, dass er seine Macht dazu benutzen würde, um Gnade zu gewähren und das Todesurteil gegen Tookie Williams in lebenslängliche Haft umzuwandeln – seit 38 Jahren hat in Kalifornien kein Gouverneur ein Todesurteil umgewandelt. Und was die Demokraten angeht: Tookie Williams wurde sogar hingerichtet bevor all seine legalen Möglichkeiten für Berufungen ausgeschöpft worden waren und das wurde ermöglicht durch das „Effective Death Penalty Act“ (Gesetz für eine wirkungsvolle Todesstrafe) erlassen vom Demokraten Bill Clinton.

Tookie Williams' Hinrichtung ist eine laute Warnung, dass Mumias Feinde entschlossener sind denn je, Mumia zu ermorden, denn er personifiziert den Widerstand der unterdrücktesten Schichten der heutigen amerikanischen Gesellschaft. Die Erklärung von Schwarzenegger zu seiner Ablehnung des Gnadengesuchs war, dass Tookie Williams, der bis zum Ende seine Unschuld beteuerte, kein Bedauern zeigte und sein Buch *Life in Prison* [Leben im Gefängnis] politischen Gefangenen widmete, unter anderem Mumia Abu-Jamal. Das ist eine Aussage, dass Mumia der nächste sein soll.

Genauso gefährlich sind die Illusionen in die europäischen Imperialisten und die UNO, wie sie vom IVK und anderen Reformisten und Liberalen verbreitet werden, die in Europa bei der Unterstützung für Mumia tätig sind. Die EU ist kein Verfechter der Interessen der Unterdrückten und wird es nie sein. Im Gegenteil, sie ist das Instrument der europäischen herrschenden Klassen, um die europäischen – und hauptsächlich deutschen – *Imperialisten* gegen den Haupttrivalen, den US-Imperialismus, zu stärken. Und die EU ist nicht nur ein Werkzeug für konzentrierte Angriffe gegen Gewerkschaften und Immigranten, sie vereint auch die imperialistischen Mächte der Festung Europa gegen deren neokoloniale Opfer. Die CDU/SPD-Regierung, wie die vorige SPD/Grünen-Regierung, und andere europäische

Regierungen erheben ihre Kritik an Guantánamo, der Todesstrafe in den USA, den Folterungen im Irak usw., um die weltweite gerechtfertigte Empörung über die Verbrechen des US-Imperialismus auf zynische Weise in eine Unterstützung für ihre eigenen kapitalistischen Regime zu kanalisieren. Beim Aufbau der Bewegung für Mumias Freiheit bekämpfen wir Kommunisten die Illusionen in die europäischen Imperialisten, diese seien „fortschrittlicher“ oder „friedlicher“ als ihr US-Rivale, und wollen diesen Kampf mit dem Kampf gegen rassistische Staatsrepression und kapitalistische Angriffe hier verbinden.

Obwohl die europäischen Imperialisten seit kurzem Guantánamo und die unmenschlichen Bedingungen dort und in anderen CIA-Folterlagern verurteilen, arbeiten sie Seite an Seite mit dem US-Imperialismus im rassistischen „Krieg gegen den Terror“. Dazu gehört auch die geheime Zusammenarbeit von SPD/Grünen-Regierung und BND bei der CIA-Entführung und -Folterung von Khaled El-Masri, einem deutschen Staatsbürger libanesischer Herkunft – Einzelheiten darüber kommen weiterhin ans Licht, etwa zwei Jahre nach seiner Freilassung. So hat der *Spiegel* berichtet, dass die US-Regierung 2002 die Freilassung von Murat Kurmaz anbot, einem türkischen Staatsbürger, der jahrelang in Deutschland gelebt hat und seit Ende 2001 auf Guantánamo festgehalten wurde. Die damalige SPD/Grünen-Regierung lehnte ab und verurteilte ihn dazu, bis heute in dieser Hölle auszuhalten, und schickte sogar ihre BND- und Verfassungsschutzagenten zu seiner Befragung! In den Küstengewässern und an den Stränden von Spanien und Italien haben Tausende verzweifelter afrikanischer, kurdischer und asiatischer Flüchtlinge ihr Leben verloren, und innerhalb der Mauern der Festung Europa selbst sind Tausende in Abschiebekästen eingekerkert. Menschenrechte? Die Referenzen Deutschlands und der EU in Sachen „Menschenrechte“ beinhalten unter anderem: die Teilnahme an der Vergewaltigung von Serbien, die mörderische Blockade des Irak (unter UN-Schirmherrschaft), das Verbot und die Verfolgung türkischer linker Organisationen *unter dem Gesinnungsparagraphen 129*, die Bewaffnung der türkischen Armee für deren Krieg in Kurdistan, Verhöre in den Folterkammern in Guantánamo. „Zu Hause“ beschützen ihre Bullen faschistische Aufmärsche, schlagen antifaschistische Demonstranten zusammen und werfen sie ins Gefängnis, verfolgen Kommunisten und setzen sie auf schwarze Listen. Wer könnte je das Schicksal des afrikanischen Flüchtlings Oury Jalloh aus Sierra Leone vergessen, der im Januar 2005 in Dessau verhaftet wurde für das Verbrechen, geflirtet zu haben, als er betrunken war. Er verbrannte bei lebendigem Leib in seiner Zelle, mit Eisenringen an Wand und Boden gefesselt; seine grauenvollen Hilfeschreie verhallten, da der Dienst habende Beamte nicht gestört werden wollte, die Gegensprechanlage leise gestellt und danach auch noch den Rauchmelder ignoriert hatte.

Das Beverly-Beweismaterial

Das Geständnis von Arnold Beverly macht klar, dass Mumias Fall ein bewusstes rassistisches, politisches Komplott gegen einen unschuldigen Mann ist. Aus genau diesem Grund reichte die Bandbreite der Reaktionen bürgerlicher Liberaler und ihrer reformistischen Anhängsel von offener Feindseligkeit bis zu reiner Gleichgültigkeit. 2001 veröffentlichte Dan Williams, früher Mitglied von Mumias Verteidigerteam, ein verlogenes Buch mit dem Titel *Executing Justice*, in dem Beverlys Geständnis als „verrückt“ beschimpft und jede Vorstellung, dass die Bullen wissentlich Mumia zu Unrecht anklagten, abgeschmettert wurde. Für diesen Verrat feuerte Mumia sowohl Williams als auch Weinglass. Zitate aus Williams' Buch wurden zur alleinigen Grundlage

Fortgesetzt auf Seite 14

Freiheit für Mumia...

Fortsetzung von Seite 13

für die Staatsanwaltschaft. Dass die beiden Anwälte gefeuert wurden, spaltete die Kräfte, die für Mumia eintraten. *Jungle World* (16. Mai 2001) veröffentlichte einen Artikel der Journalistin Heike Kleffner, die Mumia lange unterstützt hatte. Dieser Artikel spiegelte die Unterstützung für die Strategie von Weinglass und Williams wider und wiederholte die Lügen der Polizei: „Beverly bestand einen Lügendetektortest und fiel beim zweiten Mal durch.“ Beverlys Geständnis landete im Papierkorb, dafür wurden Mumias Feinde lang und breit zitiert:

„Dass sein [Beverlys] momentaner Aufenthaltsort nicht preisgegeben wird und seine Aussage von Abu-Jamals bisherigem Verteidigerteam nicht präsentiert wurde, wird von den Medien und der Staatsanwaltschaft ausgeschlachtet. Diese eidesstattliche Versicherung sei ‚so eindeutig lächerlich, dass es für jeden offensichtlich sein sollte, dass sie eine Erfindung ist‘, lautete der Kommentar der Staatsanwaltschaft nach der Pressekonferenz.“

Dies wurde geschrieben, unmittelbar nachdem Mumia an die Kundgebungen am 12. Mai 2001 in den USA eine Erklärung gerichtet hatte:

„Liebe Schwestern, Brüder, Freunde und Feinde, wir sind an einem Scheideweg – einem, der durch Zeit, Geschichte, Umstände und sogar Zufall bestimmt ist...“

Viele von euch haben gesagt, dass ihr kein Vertrauen in das System habt, doch in eurem Herzen weigert ihr euch, euch davon zu lösen...

Wie könnt ihr sagen, ihr habt kein Vertrauen in das System, und dann Anwälten vertrauen, die die Interessen ihres so genannten Klienten verraten haben? Ich danke euch allen, dass ihr bei diesem fortwährenden Kampf um Freiheit und Gerechtigkeit mitmacht. Und solltet ihr euch zufällig entscheiden, nicht mit mir zu gehen, so habe ich eine einfache Bitte: Steht mir nicht im Weg...

Ich danke euch. Ona Move. Lang lebe John Africa.“ (abgedruckt in *Spartakist* Nr. 144, Sommer 2001)

Das PDC hat jahrelang daran gearbeitet, den Beweis für Mumias Unschuld aufzudecken. All das wurde veröffentlicht in der PDC-Broschüre „Mumia Abu-Jamal Is an Innocent Man“. Darin sind Dokumente von Rachel Wolkenstein, Arnold Beverly, Mumia, Linn Washington und die wahre Insider-Geschichte, wie Weinglass und Williams das Beweismaterial unterdrückten, wie die PDC-Anwälte Rachel Wolkenstein und Jonathan Pipers 1999 aus Jamals Verteidigerteam austraten, statt bei dem ungeheuerlichen Verrat von Weinglass und Williams zu Komplizen zu werden. Erst als Mumia zwei Jahre später Weinglass und Williams gefeuert hatte, legte ein neues Anwaltsteam das Beweismaterial vor.

In Deutschland haben diejenigen, die weiterhin Mumia unterstützten, die Beweise übersetzt und verbreitet, außer der eidesstattlichen Erklärung von Wolkenstein, in der sie die Wahrheit darüber sagt, wie Weinglass und Williams die Beweise unterdrückten und wie Williams dann die Beweise, dass Mumia unschuldig ist, öffentlich denunzierte. Man kann sich alle möglichen Gründe vorstellen, warum ein Anwalt seinen Mandanten verrät, aber manchmal ist die Wahrheit ganz einfach politisch. Weder Weinglass noch Williams konnten glauben, dass ein demokratischer Staat wissentlich einem unschuldigen Menschen einen Mord anhängen würde. Die „peinlichen“ Beweise für Mumias Unschuld werden verbuddelt zu Gunsten von Appellen an die UNO, an die EU für einen neuen „fairen Prozess“.

Bezeichnenderweise hat *Jungle World* bereits 2001 die Argumente von Williams und der Staatsanwaltschaft gegen die

Beweise für Mumias Unschuld aufgegriffen. *Jungle World* ist nämlich ein Sprachrohr für einen Flügel der „Antideutschen“, die antimuslimische Hetze, Rassismus und prozionistische, pro-imperialistische Politik betreiben. 2004 haben „antideutsche“ Schläger aus dem Umfeld der Gruppe Kritik & Praxis ihre Reihe von Provokationen gegen Linke und Immigranten fortgesetzt und Unterstützer des Mumia-Wagens beim Karneval der Kulturen in Berlin angegriffen. Nachdem sich die Mumia-Unterstützer erfolgreich verteidigt hatten, starteten die „Antideutschen“ eine Verleumdungskampagne. *Jungle World* bejubelte den physischen Angriff und die „Antideutschen“ verleumdete die Mumia-Unterstützer als „gewalttätige Antisemiten“. Die besonders krassen Rassisten von *Bahamas* organisierten als Antwort einen rassistischen Aufmarsch im Immigrantenbezirk Kreuzberg. In ihrem Flugblatt verteufelten sie Mumia Abu-Jamal als einen Antisemiten, weil er mit Sympathie für die Palästinenser eine Kolumne über deren Not verfasst hatte. Im Falle dieser Rassisten geht es nicht um „Illusionen“ in den Staat, sondern sie ergreifen die Seite des Staates beim Angriff auf Mumia Abu-Jamal. *Spartakist* brachte ein Flugblatt heraus und protestierte gemeinsam mit Einwohnern von Neukölln/Kreuzberg, der Gruppe Revolutionäre Kommunisten (RK), dem Gegeninformationsbüro, der Gruppe Revolutionäre Glut und anderen gegen diese rassistische Provokation.

Rue Mumia Abu-Jamal

Kürzlich wurde im Pariser Vorort Saint-Denis eine neue Straße, die zum Nelson-Mandela-Stadion führt, zu Ehren von Mumia Abu-Jamal umbenannt. Zu den Rednern bei der Zeremonie gehörten Mumias Anwalt, Robert Bryan; Pam Africa und Ramona Africa von International Concerned Family and Friends of Mumia Abu-Jamal (ICFFMAJ); Julia Wright, Tochter des Schriftstellers Richard Wright und Koordinatorin des International Committee in Solidarity with Mumia Abu-Jamal and Political Prisoners, Paris und Rachel Wolkenstein als Vertreterin des PDC. Die potentielle Macht der Arbeiterbewegung wurde repräsentiert von Führern der Gewerkschaft CGT, die versprochen hatte, 100 000 Euro für Mumias Verteidigung zu sammeln, aber *nicht* ihre Mitglieder mobilisiert hatte und auch nicht Mumia zum Thema ihrer 1.-Mai-Feier gemacht hatte. Rachel Wolkenstein war eingeladen, über das Beverly-Geständnis und weitere Beweise für Mumias Unschuld zu sprechen. An deren Aufdeckung war sie all die Jahre maßgeblich beteiligt gewesen als sie Mumias Anwältin war. Sie verließ das Team, als Williams und Weinglass sich weigerten, diese Beweise zu benutzen. Nachdem Wolkenstein in allen Einzelheiten die Beweise für Mumias Unschuld durchgegangen war, erklärte sie die Bedeutung der Beverly-Aussage:

„Sie ist der entscheidende Beweis dafür, dass die ganze Sache abgekartet war. Sie entlarvt die Verlogenheit der Beweise von Polizei/Staatsanwaltschaft, die sich sonst nicht erklären ließen und nicht zum Beweismaterial passen. Aber am wichtigsten ist, dass sie die Funktionsweise des kapitalistischen Systems abgekarteter Anklagen bloßlegt sowie den einheitlichen Zweck aller Aspekte des staatlichen Repressionsapparates, der Polizei und der Gerichte. Und sie entlarvt auch die liberalen Ansprüche und die Hindernisse, die die so genannten politischen Opponenten darstellen, wenn sie die Losung nach einem fairen Prozess, einem neuen Prozess propagieren.“

Die Neutralität der Forderungen nach einem „fairen Prozess“ und einem „Moratorium“ ist Wasser auf die Mühlen von Mumias Feinden, in diesem Fall die Fraternal Order of Police (FOP – „Ordensbruderschaft“ der Bullen), die seit 1982 beharrlich eine Kampagne für die Hinrichtung Mumias führt. Hierzulande gab es kürzlich Artikel über den erreaktionären US-Senator Rick Santorum aus Pennsylvania, der

im US-Senat einen Antrag einbrachte, in dem er die Umbenennung der Pariser Strasse als ungehörige Beleidigung des toten Polizisten und seiner Familie denunzierte und forderte, dass die US-Regierung protestiere und auch Druck ausübe auf die konservative französische Regierung, diese Ehrung zu widerrufen. Am 17. Juni druckten *taz* und *junge Welt* eine AFP-Meldung unter der Überschrift „Abu-Jamal-Straße in Paris – Empörung in USA“ nach, die nur die Ansichten dieses rassistischen Senators wiedergab: „Die Benennung einer Straße des Pariser Vororts Saint-Denis nach dem wegen Polizistenmordes in den USA verurteilten Exreporters Mumia Abu-Jamal hat in Washington empörte Reaktionen hervorgerufen. Dies sei eine ‚ungehörige Beleidigung‘ des ermordeten Polizisten, erklärte der republikanische Senator Rick Santorum.“

Senator Rick Santorum ist ein mächtiger Unterstützer von Präsident George Bush, des Kriegs in Irak und des „Kriegs gegen Terror“. Er ist wohlbekannt für seinen Aktivismus gegen Abtreibungsrechte, Schwulenehe und gegen so genannte „illegale Immigranten“ aus Mexiko. Er ist auch ein lautstarker Verfechter der Todesstrafe. Dies unterstreicht noch mal: Der Staat geht jetzt in eine Kampagne gegen die Aussetzung der Todesstrafe von 2001. Wir stehen auf der anderen Seite und kämpfen für die Freiheit von Mumia und gegen alle Illusionen in den Staat, der ihn töten will.

Die erwiesenen Lügen von Bush & Co. über „Massenvernichtungswaffen“ im Irak, die Enthüllungen über Folterungen an Gefangenen, der verbrecherische Rassismus, mit dem die Zerstörung des schwarzen New Orleans zugelassen wurde, all das schafft eine Atmosphäre des Hasses und des Misstrauens in die Regierung bei den werktätigen Massen in den USA, besonders bei Schwarzen, die entweder mobilisiert werden können gegen die Regierung, für Freiheit für Mumia, oder demobilisiert werden können durch die Illusion, dass sich die Dinge schon zum Guten wenden werden, wenn wir nur wieder vor Gericht gehen können. Als Teil der internationalen Kampagne für Mumias Freiheit arbeitet das KfV zusammen mit der SpAD und der Spartakist-Jugend für die Unterstützung von Mumia in Deutschland. Wir werden diese Arbeit bei den Protesten gegen Bushs Besuch bei Kanzlerin Merkel im Juli fortsetzen und die Staatsoberhäupter des blutgetränkten amerikanischen und deutschen Imperialismus mit der Forderung nach Mumias Freiheit konfrontieren. Dazu gehört der politische Kampf gegen die pazifistischen Illusionen und gegen das Vertrauen in die deutschen und europäischen Imperialisten, die von der Linkspartei- und anderen Demo-Organisatoren propagiert werden – Illusionen, die dazu beigetragen haben, Mumias Unterstützer zu *demobilisieren*.

Für klassenkämpferische Verteidigung!

James P. Cannon, Gründer der International Labor Defense, beschrieb ein spätes Stadium der Gerichtsverfahren, die 1927 zur Hinrichtung von Sacco und Vanzetti führten:

„Der letzte Schritt [des Staates] muss man sehen als ein weiteres Manöver der gleichen Art, das nach außen den Anschein von noch gewissenhafterer ‚Fairness‘ erwecken soll, in einem Prozess, an dessen Ende die zwei Arbeiterführer lebendig verbrannt werden sollen.

Denkt auch daran, dass der machtvolle Einfluss der Ausbeuterklasse ins Spiel gebracht wird, um die Todesstrafe durchzuführen, und dass das Ergebnis letztendlich, da es eine Frage des Klassenkampfes ist und nicht einfach ein isolierter Vorfall eines Irrtums ihres so genannten ‚Rechts‘, von der Macht und Kraft der Klassenkräfte abhängen wird, die jede Seite in Bewegung setzt.

Deshalb ist die große Aufgabe in den wenigen schicksalhaften Tagen, die noch bleiben, bis zur letzten Minute der letzten Stunde, jede Energie, allen Mut und sämtliches



Spartakist

Demo in Berlin, Februar 2000: Spartakist-Block für Mumias Freiheit gegen Illusionen in „fairen Prozess“

Kämpfertum in die Organisation von Massendemonstrationen und Proteststreiks zu stecken. Jegliche Bremse, die dieser Bewegung angelegt wird, muss als größte Gefahr angesehen werden. Jegliche Illusionen, die die Bewegung lähmen, müssen überwunden werden. Alle Agenten der Bosse, die versuchen, die Protest- und Streikbewegung zu sabotieren und zu diskreditieren, müssen bei ihrem richtigen Namen genannt werden.“

Der Weg zum Sieg in Mumias Fall beginnt mit dem Verständnis, dass der Klassenfeind entschlossen ist, seine Hinrichtung durchzuführen. Die multirassische Arbeiterklasse hat das allergrößte Interesse, dagegen zu kämpfen, ein solches Ergebnis würde die Gewaltmaschinerie des kapitalistischen Staates, deren letzliches Ziel die Arbeiterklasse ist, noch weiter stärken.

Wenn die Macht der Arbeiter auf Mumias Seite ihre Wirkung entfalten soll, muss sie unabhängig mobilisiert werden von den Kräften des kapitalistischen Staates. Die Gewerkschaften, die auf der einzigen bedeutsamen Integration in rassistischen Amerika basieren, haben die soziale Macht und das Potenzial, zu Bataillonen im Kampf gegen Ausbeutung und rassistische Unterdrückung zu werden. Wenn der Kampf für Mumias Freiheit mit einer Mobilisierung der Gewerkschaftsbewegung unternommen wird, wäre dies ein erster riesiger Schritt in diese Richtung. Integrierte Gewerkschaften, die Millionen Arbeiter repräsentieren, haben schon in der Vergangenheit Mumia unterstützt. Dass diese Millionen nicht *in der Aktion* mobilisiert wurden, um dieses rassistische Komplott zu bekämpfen, ist die Verantwortung der prokapitalistischen Irreführer der Arbeiterklasse, die sich sogar davor fürchten, ihre Mitglieder zur Verteidigung ihrer ökonomischen Interessen aufzurufen, ganz zu schweigen von der Verteidigung von Schwarzen, Immigranten und anderen, die auf die Straße geworfen wurden, um zu hungern oder in der Gefängnishölle eingeknastet sind.

Das Ringen um die Befreiung Mumias und aller Gefangener des Klassenkriegs ist integraler Bestandteil unseres Kampfes, eine leninistische Avantgardepartei zu schmieden, um die Arbeiterklasse zur sozialistischen Revolution zu führen. Eine solche Partei muss als der Tribun aller Ausgebeuteten und Unterdrückten handeln im Wissen, dass die Befreiung der Arbeiter aus den Ketten der kapitalistischen Ausbeutung untrennbar verbunden ist mit dem Kampf für die Freiheit der Schwarzen. *Freiheit für Mumia, sofort! Weg mit der rassistischen Todesstrafe!* ■

Wehrmacht, Holocaust und „Kollektivschuld“



Jewgeni Chaldei



kein Bildnachweis

Arbeiterrevolution wird Opfer des Holocaust rächen! Die Rote Armee zerschlug das Nazi-Regime!

Diesem Artikel liegt eine Schulung der Spartakist-Arbeiterpartei über die Wehrmacht zugrunde. Anlässlich des 60. Jahrestags der Befreiung gab es um den 8. Mai letzten Jahres eine breite Auseinandersetzung in der Gesellschaft über das Dritte Reich und den Zweiten Weltkrieg. Die deutsche Bourgeoisie und ihre SPD/Grünen-Regierung nutzten die verschiedenen Gedenkfeiern aus, um die Interessen des deutschen Imperialismus voranzubringen. Im Gegensatz zur herrschenden Klasse Japans, die ihre Schlächter jedes Jahr wieder ehrt – so wie es auch Kohl und Reagan mit den SS-Mördern in Bitburg 1985 taten –, hat die deutsche Bourgeoisie sich aber entschieden, im Angesicht ihrer unsäglich fürchterlichen Verbrechen bei Gedenkveranstaltungen usw. eher ein paar Krokodilstränen zu vergießen. Mit dazu gehört auch, das Holocaust-Mahnmal in der Mitte Berlins zu bauen oder sich alle paar Jahre mal wieder ein antifaschistisches Mäntelchen umzuhängen durch einen „Aufstand der Anständigen“, wenn der tägliche rassistische Terror, der vom Staat geschürt wird, mal wieder droht, das Image Deutschlands zu schädigen. Zentrales ideologisches Mittel dazu ist, die Schuld aller

Deutschen an den Verbrechen der Nazis zu predigen, die Kollektivschuld, um damit die wirklich Schuldigen zu entlasten, die damals und heute herrschende Klasse, die deutsche Bourgeoisie. Es ging und geht darum, dass die deutsche Bourgeoisie eine Weltmachtrolle spielen will, und so manipuliert sie zynisch die Erinnerungen an ihre Verbrechen zur Förderung dieses Ziels.

Mit der kapitalistischen Wiedervereinigung und der konterrevolutionären Zerstörung des deformierten Arbeiterstaates DDR 1990 und des degenerierten Arbeiterstaates Sowjetunion 1991/92 ist der deutsche Imperialismus erstarkt. Er unternimmt nun die ersten Schritte, gegen die weltweite Vormachtstellung des US-Imperialismus zu konkurrieren. Im Balkan, in Afghanistan, am Horn von Afrika und bald auch im Kongo werden wieder „deutsche Interessen“ vertreten. Schröder und Fischers „Nie wieder Auschwitz“ 1999, womit die Teilnahme am Krieg der US-geführten NATO gegen Serbien gerechtfertigt wurde, diente nur dem einzigen Zweck, den ersten Kriegseinsatz des deutschen Imperialismus seit Ende des Zweiten Weltkriegs

Links: Sowjetische Truppen auf dem Vormarsch in Österreich, April 1945. Rechts: Als Teil ideologischer Rechtfertigung des Balkankrieges durch SPD/Grünen-Regierung besuchte Bundeswehr 1999 Auschwitz

durchzusetzen, der Bundeswehr praktische Erfahrungen zu vermitteln und Truppen auf dem Balkan zu stationieren. Die Heuchelei der Bourgeoisie von Auschwitz und ihrer jeweiligen Machthaber dient nur dazu, der nächsten Runde zum gefährlichen Wiederaufstieg des deutschen Nationalismus den Weg zu bahnen. „Kollektivschuld“ fesselt die Arbeiterklasse an ihre eigene Bourgeoisie und hindert sie daran, mit deren Verbrechen abzurechnen.

Am 8. Mai letzten Jahres, bei der Demo des so genannten Spasibo-Bündnisses gegen die Nazis in Berlin, hielt der jüdische Stalinist und Kämpfer der bürgerlichen französischen Résistance, Peter Gingold, eine Rede (die Einiges an Beifall erhielt). Diese entsprach einem Beitrag in der Südbadener *Stattzeitung* vom März 2005 unter dem Titel: „Für die Mehrheit der deutschen Bevölkerung war die Niederlage der Nazis ihre eigene Niederlage“. Diese infame Behauptung „bewies“ Gingold damit, dass die Deutschen „1933 nicht verhindert“ hätten, also die Machtübernahme der Nazis. Doch das deutsche Proletariat war in seiner überwältigenden Mehrheit in KPD und SPD sowie in den Ende der 20er-Jahre mehrheitlich sozialdemokratisch geführten Gewerkschaften organisiert. Die Bourgeoisie brachte die Faschisten an die Macht, weil sie eine Arbeiterrevolution fürchtete. Die Faschisten basierten sich aufs Kleinbürgertum (Bauern, Polizisten, Studenten, die Intelligenz, Beamte etc. pp.), das durch die Weltwirtschaftskrise Ende der 20er-Jahre ruiniert wurde, und auf das Lumpenproletariat, also Dauerarbeitslose und völlig Verelendete, die die Verbindung zur Arbeiterbewegung verloren hatten. Der Faschismus war das letzte Mittel, die Klassenherrschaft der Bourgeoisie zu retten.

Im *Übergangsprogramm*, dem Gründungsdokument der Vierten Internationale von 1938, entlarvte der russische Revolutionär Leo Trotzki, neben Lenin der Führer der Oktoberrevolution, die stalinistischen Lügen. Trotzki stellte die Niederlage in Deutschland 1933 den Erfahrungen von Russland 1905 gegenüber und zeigte auf, wer die Verantwortung für den Sieg der Nazis trägt:

„Die Fraktion der Bolschewiki war damals noch nicht drei Jahre alt. Ganz anders stand die Sache in Deutschland, wo die Führung in den Händen zweier mächtiger Parteien lag, wovon die eine siebzig, die andere nahezu fünfzehn Jahre bestand. Diese beiden Parteien, hinter denen Millionen Wähler standen, waren schon vor der Schlacht moralisch gelähmt und haben sich kampflös ergeben... Das deutsche Proletariat wurde nicht im Kampf vom Feind geschlagen geschlagen. Es wurde durch die Feigheit, die Niedertracht und den Verrat seiner eigenen Parteien

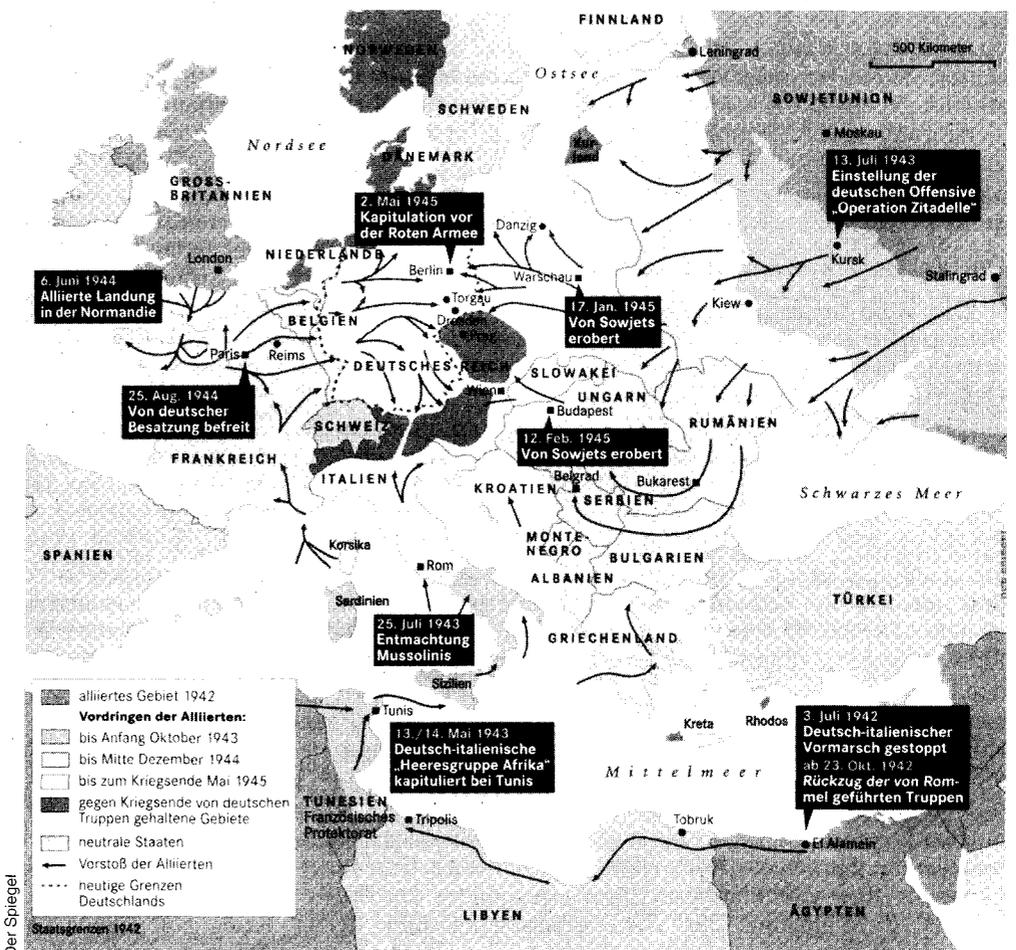
vernichtet. Kein Wunder, dass es den Glauben an alles verlor, woran es seit beinahe drei Generationen zu glauben gewohnt war... Die andauernde Erfolglosigkeit der revolutionären Arbeit in Italien und Deutschland ist weiter nichts als der Preis für die verbrecherische Politik der Sozialdemokratie und der Komintern.“

Revolutionäre Tradition der deutschen Arbeiterbewegung

Die SPD war mit Ausbruch des Ersten Weltkriegs offen auf die Seite der eigenen Bourgeoisie übergegangen, indem sie am 4. August 1914 den Kriegskrediten des Kaisers zustimmte und dann die Arbeiterklasse auf die Schlachtbank des Ersten Weltkriegs trieb. Die SPD war das, was Lenin als eine bürgerliche Arbeiterpartei bezeichnete, d. h. sie hatte ein bürgerliches Programm, voll im Rahmen des Kapitalismus, aber eine proletarische Basis. Es war strategisch notwendig, die Arbeiterbasis der SPD von ihrer bürgerlichen Führung zu spalten. Die Verantwortung für die Niederlage der revolutionären Nachkriegswelle trägt die SPD, deren Verrat der Schlüssel dazu war, die Herrschaft der Bourgeoisie zu retten. Die SPD ertränkte die Revolution im Blut und ließ die Führung der KPD, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Leo Jogiches und Eugen Leviné ermorden. Auch war die junge, gerade erst gegründete kommunistische Partei zu unerfahren. 1923 erkannte die KPD-Führung, die von Stalin vom Kampf um die Macht entmutigt wurde, zu spät die revolutionäre Krise und machte die Ausrufung des Aufstands von der Zustimmung des linken Flügels der SPD abhängig, was einer drittklassigen Beerdigung der Revolution gleichkam (siehe auch *Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 22, Sommer 2001). Das Kleinbürgertum radikalisierte sich nach rechts, weil die Versuche der deutschen Arbeiterklasse, inspiriert durch die Oktoberrevolution 1917, einen Ausweg aus der kapitalistischen Krise durch eine proletarische

Fortgesetzt auf Seite 18

Karte zeigt militärische Vorstöße 1942–45 im Zweiten Weltkrieg in Europa und Nordafrika



Der Spiegel



Bruckmann



Ullstein

Links: Straßenkampf zwischen Kommunisten und Nazis.
Rechts: Konfrontation zwischen SPD-Miliz „Reichsbanner“ und dem rechtsextremen Jungdeutschen Orden

Wehrmacht...

Fortsetzung von Seite 17

Revolution zu schaffen, gescheitert waren.

Die Niederlage der Revolution in Deutschland 1923 besiegelte vorerst die Isolation des jungen sowjetischen Arbeiterstaates. Die Enttäuschung und Apathie, die sich unter den erschöpften sowjetischen Massen breit machte, wurde von der sich formierenden Bürokratie genutzt, die unter Stalins Führung die Kontrolle und Macht über die Bolschewistische Partei Ende 1923, Anfang 1924 an sich riss. Statt des bolschewistischen Internationalismus und des Kampfes für Weltrevolution wurde nun von Stalin der „Aufbau des Sozialismus in einem Lande“ verkündet. Die Kommunistische Internationale, gegründet als Partei der Weltrevolution, wurde in ein Instrument verwandelt, das entscheidend war, die Arbeiter an ihre Bourgeoisie zu ketten, für die Illusion einer friedlichen Koexistenz der Sowjetunion mit dem Imperialismus. Diese Konterrevolution war eine politische und keine soziale; die stalinistische Bürokratie basierte auf den kollektivierten Eigentumsformen, die durch die Oktoberrevolution geschaffen worden waren. Der Staat blieb ein Arbeiterstaat, wenn auch ein bürokratisch degenerierter, und es war die Pflicht des internationalen Proletariats, ihn gegen den Klassenfeind zu verteidigen. Gegen die Zerstörung der Partei führte die trotzkistische Internationale Linke Opposition einen jahrelangen Kampf gegen Stalin und Co., um die Komintern auf ihr revolutionäres Programm zurückzuführen.

Der Verrat von SPD und KPD 1933

Die Weltwirtschaftskrise Ende der 20er-Jahre und die Niederlagen der Arbeiterrevolutionen ließen die Nazis aufsteigen. Doch die Arbeiter wollten kämpfen und die Bourgeoisie sah sich nicht mehr in der Lage, mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie die Gefahr der Revolution einzudämmen. Es kam zu einer Massenradikalisierung. Brüning 1930, Papen 1932, Schleicher 1932/33: Drei aufeinander folgende bonapartistische Regime konnten die Krise nicht für die Bourgeoisie in den Griff bekommen. Sie setzten zunehmend auf den Terror der Nazis gegen die Arbeiterbewegung und sahen in der Zerschlagung der Arbeiterbewegung die einzige Möglichkeit, ihre Klassenherrschaft zu retten. Die SPD-Führung fürchtete sich, die Arbeiter zu mobilisieren, denn hätte erst einmal die Arbeiterklasse gegen die Nazis mobil gemacht, würde sie sich weiter radikalisieren und der Kontrolle der SPD und ihrem Programm von Klassenzusammenarbeit entgleiten. Die KPD-Führung unter Thälmann und Stalin jedoch weigerte sich, der SPD eine Einheitsfront aufzuzwingen, ja sie erklärte sie sogar für „sozialfaschistisch“ und gab die Parole aus „Nach Hitler kommen wir“. Das war nichts als eine Kapitulationserklärung gegenüber der drohenden Zerschlagung der Arbeiterbewegung und der Machtübernahme der Faschisten.

Die trotzkistische Linke Opposition hingegen warnte vor der Gefahr der Machtübernahme der Nazis und kämpfte darum, die Arbeiter in proletarischen Einheitsfronten zu organisieren und die Nazis so zu schlagen. Der Verrat der Stalinisten und Sozialdemokraten war unglaublich: Da gab es vorher täglich Straßenschlachten und Kämpfe, die Arbeiter waren zu Hunderttausenden in Parteimilizen organisiert, kämpften gegen die Nazis, zum Teil zusammen, und dann, als die Nazis an die Macht kamen, fiel kein Schuss. *Der Verrat der KPD wiegt doppelt schwer, denn sie wurde als die Partei der Russischen Revolution angesehen und in ihr war die Avantgarde des Proletariats organisiert.* Nichts ist demoralisierender als eine *kampflose* Niederlage. Als sich nach diesem historischen Verrat keinerlei Kritik in den Reihen der Dritten Internationale erhob, kämpften die Trotzkisten nun für den Aufbau einer neuen revolutionären Internationale, während die Stalinisten 1935 den Aufbau von Volksfronten proklamierten, Bündnissen der Arbeiterparteien mit Teilen der Bourgeoisie gegen den Faschismus. Basierend auf Klassenzusammenarbeit ist die Volksfront ein Hindernis zum Klassenkampf gegen den Kapitalismus, der die Nazis hervorbringt, und bahnt ihnen damit in Wirklichkeit den Weg. Dies kam am deutlichsten in der verbrecherischen Erdrosselung der Spanischen Revolution Mitte der 30er-Jahre durch die Stalinisten zum Ausdruck, die in der Machtübernahme der Franco-Faschisten resultierte.

Es war die Rote Armee, die das Naziregime zerschlug und den Holocaust – die industrielle Ermordung von Millionen Juden, Roma und Sinti – und die Verfolgung und Ermordung von Kommunisten und unzähligen anderen beendete. Nach dem Sieg der Roten Armee war die Lüge von der „Kollektivschuld aller Deutschen“ am Holocaust und den anderen Nazi-Gräueltaten ein zentrales Mittel zur Verteidigung der Herrschaft der deutschen Bourgeoisie in Westdeutschland. Damit wurde die Verantwortung der Bourgeoisie, die Hitler an die Macht gebracht hatte, um die Arbeiterklasse zu zerschlagen, abgewälzt auf „das Volk“. Und wenn alle schuld waren, war es in Wirklichkeit keiner, insbesondere nicht die Bourgeoisie. In seinen Memoiren *Und unsere Fahne ist rot* beschrieb der deutsche Trotzkist Oskar Hippe machtvoll den Zweck der Kollektivschuldlüge nach dem Zweiten Weltkrieg:

„Auch die Proklamation der Kollektivschuld des deutschen Volkes gehört in diesen Bereich des Kampfes gegen das Proletariat, da man von vornherein das Proletariat, die überwiegende Mehrheit des Volkes, diskriminieren, ihm sein Versagen als Minderwertigkeitskomplex einimpfen und ihm ein für alle Mal weismachen wollte, es sei unfähig, seine Geschicke selbst in die Hand zu nehmen und die Gesellschaft zu revolutionieren.“

Die Führungen von KPD und SPD hatten nach dem Krieg ganz eigene Gründe, sich die Kollektivschuldlüge zu Eigen zu machen. Sie konnten damit die Verantwortung für

ihren eigenen Verrat durch ihre kampflose und feige Kapitulation vor den Nazis 1933 auf die Schultern der von ihnen verratenen deutschen Arbeiterklasse abschieben. Wenn heute DKPler die Verantwortung für die Machtübernahme der Nazis der mangelnden Kampfbereitschaft des „deutschen Volkes“, also den Arbeitern, in die Schuhe schieben wollen, ist das ein empörendes Weißwaschen des Verrats der KPD-Führung. Das Programm, das dahinter steckt, ist das aus dem Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945:

„Wir sind der Auffassung, dass der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland.

Wir sind vielmehr der Auffassung, dass die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage für Deutschland einen anderen Weg vorschreiben, und zwar den Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk.“

Also ein Eintreten für die – natürlich demokratische – Herrschaft der Bourgeoisie. Ein Artikel der DKP-Zeitung *unsere zeit (uz)* vom 10. Juni letzten Jahres erklärte über dieses Dokument: „Der Aufruf des Zentralkomitees der KPD vom 11. Juni 1945 gehört zu den herausragenden und kreativsten Texten, die die deutschen Kommunisten in ihrer Geschichte veröffentlicht haben.“

Tatsächlich jedoch flohen Naziführer und Bourgeoisie aus Ostdeutschland, wo die Rote Armee herrschte, zu den Imperialisten gen Westen. Mit der zunehmenden Konfrontation der Sowjetunion mit ihren imperialistischen „demokratischen“ Alliierten der Kriegszeit, die im ersten Kalten Krieg gipfelte, wurde in Ostdeutschland Ende der 40er-Jahre, so wie auch im restlichen Osteuropa, die Bourgeoisie als Klasse enteignet und der deformierte Arbeiterstaat DDR

nach dem Vorbild des bürokratisch degenerierten Arbeiterstaats Sowjetunion errichtet.

Der Zweite Weltkrieg – ein imperialistischer Krieg

Ein zentraler Punkt in der stalinistischen und sozialdemokratischen Propaganda zum Zweiten Weltkrieg und in der Kollektivschuld-Propaganda ist, den Charakter des Zweiten Weltkrieges als einen Krieg zwischen Demokratie und Faschismus darzustellen. Aber der Zweite Weltkrieg war wie der Erste ein imperialistischer Krieg, er war nur seine Fortsetzung. In Bezug auf die Sowjetunion hatten die Trotzlisten eine Seite, nämlich mit der Sowjetunion. Ebenso unterstützten sie Aufstände der kolonial unterdrückten Völker, wenn sie gegen die imperialistische Vorherrschaft gerichtet waren, sei es in Indien gegen Britanien, in China gegen Japan und USA, in Indochina gegen Frankreich usw. Das Bewusstsein aller Klassen Europas nach dem Ersten Weltkrieg war geprägt von dem Sieg der proletarischen Revolution in Russland. Und Revolutionen wurden im Grunde sowohl von der Bourgeoisie als auch von den Trotzlisten als Ergebnis eines neuen Weltkriegs erwartet. Die kapitalistischen Herrscher hatten aus der Revolution ihre Lehren gezogen. Zum Beispiel hat die Reichswehrführung anfangs die Solidarisierung von deutschen Soldaten mit den russischen im Dezember 1917 an der Ostfront als eine Auflösungserscheinung der russischen Armee gesehen. In der Ausstellung im Museum der Roten Armee in Berlin-Karlshorst kommentiert ein Foto mit dem Titel „Verbrüderung deutscher und russischer Soldaten“:

„... im Rückblick nach der Novemberrevolution in Deutschland [wurde] diese Annäherung von Soldaten als Beginn der Zersetzung durch den Bolschewismus gewertet. Diese Vorstellung ging später in die Befehle der

Fortgesetzt auf Seite 20

SPARTACIST



Nr. 25 € 1,50

NEU!

Russische Archive: Anarchistische Lügen abermals widerlegt

Kronstadt 1921: Bolschewismus gegen Konterrevolution

SEITE 8

Empire, Multitude und „Tod des Kommunismus“

Senile Ergüsse des Postmarxismus

SEITE 23

Russische Revolution und Emanzipation der Frauen

SEITE 64

Briefwechsel mit Revolutionary History 2

Für eine leninistische Partei in Griechenland! Für eine Sozialistische Föderation des Balkans! Gründung der Trotzlistischen Gruppe Griechenlands 3

Elizabeth King Robertson, 1951–2005 4



Nr. 22 € 1,50

Frauen und die FRANZÖSISCHE REVOLUTION

Zur Wiederbewaffnung des Bolschewismus

Eine trotzkistische Kritik: Deutschland 1923 und die Komintern

SEITE 9

Eine kritische Bilanz

Trotzki und die russische Linke Opposition

SEITE 21

FRAUEN UND DIE FRANZÖSISCHE REVOLUTION

SEITE 41



Nr. 20 € 2,-

Zionisten amnestieren Bourgeoisie von Auschwitz

Holocaust, „Kollektivschuld“ und deutscher Imperialismus

Für neue Oktoberrevolutionen!

III. Internationale Konferenz der IKL

SEITE 7

Grundsatzklärung und einige Elemente des Programms

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

SEITE 16

Über die Ursprünge und die Entwicklung leninistischer Organisationspraktiken

SEITE 27

Organisationsregeln und -richtlinien

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

SEITE 33

Über Agitation und Propaganda SEITE 41

Holocaust, „Kollektivschuld“ und deutscher Imperialismus SEITE 44

Spartacist ist die theoretische und dokumentarische Quellensammlung der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten). Unter der Leitung des Internationalen Exekutivkomitees in Englisch, Französisch, Deutsch und Spanisch veröffentlicht, verkörpert Spartacist die Verpflichtung der IKL auf den leninistischen Internationalismus.

Ebenfalls erhältlich: Gebundene Ausgabe des deutschsprachigen Spartacist, Nr. 1–10, Frühling 1974 bis Winter 1981/82, € 25,-

Wehrmacht...

Fortsetzung von Seite 19

nationalsozialistischen Kriegführung gegen die Sowjetunion ein.“

Die Trotzlisten hatten sich sehr gründlich auf einen neuen Weltkrieg vorbereitet. Ihr Vorbild war der Kampf von Karl Liebknecht und den Bolschewiki im Ersten Weltkrieg. Die prinzipielle Politik wurde im entscheidenden programmatischen Dokument, Trotzki's „Krieg und die Vierte Internationale“ von 1934 dargelegt. Den imperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg umzuwandeln ist die „allgemeine strategische Aufgabe, der die gesamte Arbeit der proletarischen Partei während des Krieges untergeordnet werden muss“. Dort wird ausgeführt:

„18. Die Lüge der nationalen Verteidigung deckt sich in allen Fällen, wo es angängig ist, mit der ergänzenden Lüge von der *Verteidigung der Demokratie*. Wenn die Marxisten heute, in der imperialistischen Epoche, Demokratie mit Faschismus nicht gleichsetzen und in jedweden Augenblick bereit sind, dem die Demokratie bedrängenden Faschismus Widerstand zu leisten, soll da das Proletariat nicht auch im Kriegsfall die demokratischen Regierungen gegen die faschistischen unterstützen?“

Ein grober Sophismus: Die Demokratie beschützen wir vor dem Faschismus mittels der Organisationen und Methoden des Proletariats... Stehen wir aber schon in Friedenszeiten unversöhnlich in Opposition zur ‚demokratischsten‘ Regierung, können wir da auch nur den Schatten einer Verantwortung für sie in Kriegszeiten übernehmen, wo alle Niedertracht und alle Verbrechen des Kapitalismus viehischste und blutrünstigste Gestalt annehmen?“

19. Ein moderner Krieg zwischen Großmächten ist kein Aufeinanderprall von Demokratie und Faschismus, sondern der Kampf zweier *Imperialismen* zur Neuaufteilung der Welt.“

Das revolutionäre Programm wurde gegenüber dem Ersten Weltkrieg nur in einem Punkt ergänzt: Verpflichtung des Weltproletariats zur bedingungslosen militärischen Verteidigung der Errungenschaften der Oktoberrevolution, trotz der Übernahme der politischen Macht durch die Bürokratenkaste unter Stalin:

„8. ... *Die Verteidigung der Sowjetunion* gegen die Anschläge seitens der kapitalistischen Feinde ist, unab-

hängig von den Umständen und unmittelbaren Ursachen des Zusammenstoßes, elementare und gebieterische Pflicht jeder ehrlichen Arbeiterorganisation.“

Die Trotzlisten in der Sowjetunion, die in Stalins Lagern gefangen waren, haben sich zum Zeitpunkt des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion freiwillig gemeldet, um die Sowjetunion mit der Waffe in der Hand zu verteidigen. Und als das von der stalinistischen Bürokratie abgelehnt wurde, weil sie zu viel Angst hatte, haben die Trotzlisten auf einige ihrer Rechte verzichtet und haben ihren Arbeitstag auf 12 Stunden ausgedehnt, damit die Sowjetunion im Krieg siegt.

Über die Frage der Verteidigung der Sowjetunion gab es Kämpfe innerhalb der Vierten Internationale, am klarsten und besten dokumentiert in der amerikanischen Sektion, der Socialist Workers Party. Dort wollte die kleinbürgerliche Opposition von Shachtman, Burnham und Abern unter dem Eindruck der kleinbürgerlichen öffentlichen Empörung über den Hitler-Stalin-Pakt und den sowjetisch-finnischen Krieg die Verteidigung der Sowjetunion aufgeben, spaltete die Partei 1940 und nahm dabei 40 Prozent der Mitgliedschaft mit sich: Trotzki erklärte 1938 in „Eine frische Lehre – über den Charakter des kommenden Krieges“ die zentrale Frage, was eigentlich bürgerliche Demokratie ist:

„Demokratie kann nur so lange aufrechterhalten werden, wie die Klassenwidersprüche nicht einen explosiven Zustand erreichen. Um die sozialen Spannungen abzuschwächen, ist die Bourgeoisie gezwungen, Extra-Futter an eine breite Schicht von kleinbürgerlichen Intellektuellen zu geben und an die Bürokratie und die Arbeiteraristokratie. Je mehr es an Extra-Futter gibt, desto schlimmer ist der Sozialpatriotismus. Das Durchfüttern der Reformisten gibt es heute nur noch in den Ländern, die in der Lage waren, in der Vergangenheit einen riesigen Reichtum anzusammeln auf der Grundlage der Ausbeutung des Weltmarkts und der Plünderung der Kolonien. Mit anderen Worten: Unter den Bedingungen des kapitalistischen Niedergangs gibt es ein demokratisches Regime (für eine gewisse Zeit) nur für die am meisten aristokratische Bourgeoisie. Die Basis des Sozialpatriotismus bleibt koloniale Sklaverei.“ (unsere Übersetzung)

Ganz im Einklang mit ihrer Volksfrontpolitik und ihrer Unterstützung der Bourgeoisien der „demokratischen“ imperialistischen Alliierten der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg haben die Stalinisten Deutschland die Schuld am Zweiten Weltkrieg gegeben. Aber „deutsche Schuld“ am Krieg hat es nie gegeben, denn es war ein imperialistischer Krieg. Wie Lenin schon im Ersten Weltkrieg erklärte, ist für Marxisten die Frage, wer zuerst schießt, irrelevant für die Beurteilung eines Krieges. Deutschland und Japan waren die Länder, die es erst Ende des 19. Jahrhunderts in die Reihen der imperialistischen Großmächte geschafft hatten. So kamen sie zu spät bei der Aufteilung der Welt. Sie hatten weniger Reserven und versuchten, die Kolonien zu kriegen, die Britannien und Frankreich ausplünderten. Die USA blieben in Wartestellung, um am Ende abzusahnen. Ihr Krieg gegen Japan ging vor allen Dingen um die Frage, wer China und Asien ausbeuten und knechten darf.

Die Verteidigung der Sowjetunion

Das stalinistische Volksfrontmärchen vom antifaschistischen Krieg der Demokratien hat nur dazu gedient, die amerikanische und westeuropäische Arbeiterklasse an ihre eigenen Bourgeoisien zu ketten. Die Bolschewiki hatten 1917 als einzigen Ausweg für das Überleben der Russischen Revolution ihre Ausweitung auf die fortgeschrittenen imperialistischen Länder gesehen. Insbesondere setzten sie auf die deutsche Arbeiterklasse, die stärkste und bestorganisierte in Europa. Doch das deutsche Proletariat war von seiner Bourgeoisie besiegt worden und junge deutsche

Abonniere jetzt!

Workers Vanguard
zweiwöchentliche
Zeitung der
Spartacist
League/U.S.

21 Ausgaben inkl.
Spartacist (englische
Ausgabe) und
Black History

21 Ausgaben € 25,-
11 Ausgaben € 12,50

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55
10127 Berlin
Konto 1 19 88-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60
IBAN DE11 5001 0060
0011 9886 01
BIC PBNKDEFF





Der Spiegel



Der Spiegel

Rote Armee kämpfte Unternehmen Barbarossa zurück und zerschlug Nazi-Regime durch Mobilisierung der Massen. Links: Sowjetische Soldatinnen. Rechts: Sowjetische jüdische Partisanen

Arbeiter, in Wehrmachtsuniform gesteckt, rückten nun gegen die Sowjetunion vor. Allein die Trotzisten kämpften damals für eine unabhängige Klassenpolitik in der Tradition von Lenin und Liebknecht. James P. Cannon, herausragender Führer der amerikanischen Trotzisten, hat 1942 dazu gesagt:

„Wir machen einen grundsätzlichen Unterschied zwischen der Sowjetunion und ihren ‚demokratischen‘ Alliierten. Wir verteidigen die Sowjetunion. Die Sowjetunion ist ein Arbeiterstaat, wenn auch degeneriert unter der totalitären Herrschaft der Kremlbürokratie. Nur Verräter können dem sowjetischen Arbeiterstaat die Unterstützung in seinem Krieg gegen das faschistische Deutschland verweigern. Die Sowjetunion zu verteidigen, trotz Stalin und gegen Stalin, heißt das verstaatlichte Eigentum zu verteidigen, das durch die Oktoberrevolution errichtet worden ist. Das ist ein *progressiver* Krieg.“ („A Statement on the War“ [Eine Erklärung zum Krieg], *Fourth International*, Januar 1942, Hervorhebung im Original)

Es war die Sowjetunion, die die Hauptlast dieses Krieges zu tragen hatte. Auch als sie ein Bündnis mit den USA und Britannien hatte, standen der Sowjetunion fast immer 90 Prozent der deutschen Truppen gegenüber (und zu keinem Zeitpunkt des Krieges weniger als zwei Drittel), und was die Wirtschaftsunterstützung betrifft, die sie vor allem von den USA erhielt, so machte diese höchstens zehn Prozent der eigenen Industrielleistungen aus. Und es war die Rote Armee, die das Nazi-Regime zerschlug. Sie setzte dem Holocaust ein Ende. Sie befreite Europa von der Versklavung und blutigen Unterdrückung durch die Nazis.

Die Politik der stalinistischen Bürokratie, die über dem Sowjetstaat thronte und jede Initiative der Massen verhinderte, hat zu den verheerenden Verlusten von 27 Millionen Sowjetbürgern geführt. Drei Millionen starben allein in den ersten drei Monaten. Stalin vertraute seinem 1939 geschlossenen Pakt mit Hitler, obwohl er gewarnt worden war, z. B. durch die heldenhaften Sowjetspione Richard Sorge und Ozaki Hozumi (siehe auch *Spartakist* Nr. 116, Januar/Februar 1995). Vieles kann man auch in Chruschtschows Geheimrede mit dem merkwürdigen Titel „Über den Personenkult“ nachlesen, die er 1956 auf dem Parteitag der KPdSU gehalten hat, außer dass sie nicht die Frage beantwortet, wo eigentlich Genosse Chruschtschow selber gewesen war. In der Rede zeigte er auf, dass Stalin demoralisiert war und sich nach dem deutschen Überfall die ersten zehn Tage feige verkroch. Eine der Hauptschwächungen, die er der Sowjet-

union zugefügt hatte, war die Vernichtung praktisch des kompletten Offiziersstabs drei, vier Jahre vorher, was z. B. die Ermordung Tuchatschewskis einschloss. Rokossowski, einer der wichtigsten Generäle des sowjetischen Kampfes für die Befreiung Europas, war glücklicherweise nicht ermordet, sondern nur versetzt worden, und konnte deshalb wieder aktiviert werden. Auch Schukow war damals gesäubert worden, weil es aber nicht genug Offiziere gab, wurde er wieder eingesetzt. Es ist ein Riesenmythos aufgebaut worden, wie Stalin den „Großen Vaterländischen Krieg“ geführt hat, tatsächlich waren das aber seine Generäle und die Soldaten der Roten Armee, die den Sieg trotz Stalin errangen. Stalins Lieblingsgeneral war der spätere Verräter Wlassow, der zu Hitler überlief.

Es war eine politisch entscheidende Wende, als von der stalinistischen Bürokratie propagiert wurde, dass der Krieg gegen Deutschland ein „Großer Vaterländischer“ Krieg sei, zur Verteidigung von „Mütterchen Russland“. Am 22. Juni 1941 war der Überfall auf die Sowjetunion, Stalins erste Rede war am 3. Juli:

„Den Krieg gegen das faschistische Deutschland darf man nicht als gewöhnlichen Krieg betrachten... Er ist zugleich der große Krieg des ganzen Sowjetvolkes gegen die faschistischen deutschen Truppen. Dieser vaterländische Volkskrieg gegen die faschistischen Unterdrücker hat nicht nur das Ziel, die über unser Land heraufgezogene Gefahr zu beseitigen, sondern auch allen Völkern Europas zu helfen...“ (Ausstellungskatalog *Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941–1945*)

Also wurde der Krieg von Anfang an unter das Motto von russischem Nationalismus gestellt. Und das hat verhindert, dass es massive Überläufe deutscher Einheiten gegeben hat, um an der Seite ihrer sowjetischen Klassenbrüder gegen den gemeinsamen Klassenfeind, die deutsche Bourgeoisie, zu kämpfen. Damit schafften es die Stalinisten auch, die Oktoberrevolution als die Identifikation für die sowjetische Arbeiterklasse durch den Großen Vaterländischen Krieg zu ersetzen. Dies stand in einer Reihe mit der Auslöschung der gesamten Schicht von Bolschewiki, die die Oktoberrevolution geführt haben, durch die Stalinbürokratie. Die Propaganda, die in die Rote Armee und in die Arbeiterklasse hinein getragen wurde, besagte, dass die Deutschen alle Faschisten sind, dass die Wehrmacht eine faschistische Armee ist usw. Deshalb gab es zum Beispiel in Stalingrad, was auch im Museum in Berlin-Karlshorst dokumentiert ist, in russischer Sprache Plakate und Aufschriften wie „Wie viele Deutsche

Fortgesetzt auf Seite 22



Basil Blackwell Inc.

Linke Oppositionelle demonstrieren 1928 im sibirischen Exil. Zeitung *Arbeiter & Soldat*: Trotzlisten traten im Zweiten Weltkrieg für die Verteidigung der Sowjetunion ein

Wehrmacht...

Fortsetzung von Seite 21

hast du heute getötet?“ und „Kein Deutscher darf lebend aus Stalingrad rauskommen“. Später hat die Rote Armee Flugblätter an die deutschen Soldaten verteilt, damit sie kapitulieren, aber das Beispiel, das sie darin brachten, war der Hitler treu ergebene und erreaktionäre Generalfeldmarschall Paulus, der die deutschen Truppen in Stalingrad kommandiert hatte. Sie gründeten dann das Nationalkomitee Freies Deutschland, mit Graf von Einsiedel an der Spitze, um gemäß der Volksfrontpolitik zu zeigen, dass sie nicht die Revolution wollten, sondern den Ausgleich mit der Bourgeoisie. Andere Flugblätter sagten, dass diejenigen Soldaten, die nicht kapitulieren, getötet werden.

Das hatte also nichts mit revolutionärer internationalistischer Propaganda zu tun. Diese würde ausnutzen, dass die Soldaten, die ihnen gegenüber standen, deutsche Arbeiter waren, eventuell Kinder von Kommunisten oder vielleicht sogar selbst Kommunisten. Es gab diese ganze antideutsche Hetze von Ilja Ehrenburg, einem jüdisch-sowjetischen Schriftsteller, der zum Sprachrohr von Stalins nationalistischer Hetze wurde. Diese wurde zwar fallen gelassen, nachdem die Rote Armee Deutschland erreicht hatte, was aber nichts Wesentliches am tatsächlichen Inhalt der stalinistischen Politik änderte. Es war sehr schwierig, überzulaufen. Trotzdem gab es Überläufer. Gerhard Bögelein zum Beispiel war ein deutscher Arbeiter, der übergelaufen ist und Soldat in der Roten Armee wurde. Gleich nach der Wiedervereinigung 1990 wurde er von der rachsüchtigen westdeutschen Justiz in Hamburg ins Gefängnis geworfen. Und Karl Kielhorn hat in einem sowjetischen Kriegsgefangenenlager ein Antifa-Komitee organisiert. Dort haben sie Marx gelesen und er ist dann zur KP rekrutiert worden. Wir Spartakisten haben Bögelein und Kielhorn gegen die Rache des Vierten Reiches verteidigt. Heinz Kessler, der später die Nationale Volksarmee (NVA) der DDR aufbaute, Armeegeneral und dann Verteidigungsminister wurde, war als Wehrmachtsoldat zur Sowjetunion übergelaufen. Wir sind stolz, ihn gegen die antikommunistische Hexenjagd nach der kapitalistischen Konterrevolution verteidigt zu haben.

Der Überfall auf die Sowjetunion hat einen riesigen Widerstand mobilisiert, und das ist die Hauptbasis, auf der die Sowjetunion schließlich siegen konnte. Die Nazis und die

Wehrmachtsführung haben geglaubt, dass nach vier Monaten der Sieg erreicht ist. Deshalb brauchten die deutschen Soldaten keine Winterkleidung, weil nach Meinung der Wehrmachtsführung die Sowjetunion im Winter schon zusammengefallen wäre wie ein Kartenhaus. Die Verteidigung Leningrads unterschied sich von der Bedeutung her vom übrigen Kampf in der Sowjetunion. Es gab in Leningrad ein hohes Bewusstsein davon, dass hier die Geburtsstätte der Oktoberrevolution verteidigt wurde. Hitler und seine Wehrmachtsführung wollten Leningrad gerade wegen der Oktoberrevolution völlig auslöschen und die Bevölkerung verhungern lassen, selbst wenn sie versuchen sollte zu kapitulieren. Keine Kapitulation anzunehmen lautete der Befehl. 900 Tage dauerte die Belagerung und es sind mehr Menschen bei Leningrads Verteidigung und in Leningrad selbst, ca. 1 Million,



gestorben als Soldaten der amerikanischen und britischen Imperialisten im Zweiten Weltkrieg zusammen, nämlich 800 000. Aber die Nazis konnten Leningrad nicht besiegen. Eine psychologische Wende in diesem Krieg war der Sieg in Stalingrad, und die militärische Wende war die Schlacht am Kursker Bogen 1943. Die Sowjetunion trug die Last des Kampfes gegen die Nazis und konnte schließlich die deutschen Armeen zurückschlagen. Die Westalliierten zielten darauf ab, dass ihr imperialistischer Konkurrent Deutschland und der degenerierte Arbeiterstaat Sowjetunion sich gegenseitig auf dem Schlachtfeld zerstören, deshalb gab es die „zweite Front“ erst im Juni 1944 mit der Landung in der Normandie. Die Westalliierten haben erst dann diese zweite Front aufgerichtet, um den sowjetischen Einfluss in Europa zurückzudrängen, als sie Angst hatten, dass die Rote Armee ganz Deutschland befreien würde.

Ein gutes Beispiel für die Haltung der deutschen Bevölkerung zur Sowjetunion ist im Ausstellungskatalog *Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941-1945* durch Berichte des SD (Sicherheitsdienst beim Reichsführer SS) aufgezeigt. Dort gibt es ein Dokument über die Reaktion der Bevölkerung auf die Hetze gegen „sowjetische Untermenschen“. Es gab eine Ausstellung der Nazis darüber in Berlin, gegen die von der Widerstandsgruppe um den jüdischen Kommunisten Herbert Baum eine Bombe gelegt wurde. Die Nazi-propaganda versuchte das Bild von „Untermenschen“, Juden oder Slawen oder Kommunisten, zu vermitteln und ließ dazu Menschen in Konzentrationslagern fotografieren, die sie selber fast haben verhungern lassen, als typisches Beispiel für die Völker, die sie auslöschen wollten. Es gibt einen SD-Bericht vom April 1943, worin steht, dass sich das Bild der Deutschen geändert hat, weil jetzt Hunderttausende von Ostarbeitern und Kriegsgefangenen in Deutschland arbeiten. Darin gibt es Beispiele dafür, wie die Zwangsarbeiter – unter ihnen viele hoch ausgebildete Facharbeiter – von der Bevölkerung unterstützt wurden, so dass nachher selbst darauf die Todesstrafe stand, Zwangsarbeiter oder Ostarbeiter zu unterstützen. Trotzdem gab es weiterhin Unterstützung. Es gibt Beispiele, wo polnische und andere Zwangsarbeiter auf dem Lande praktisch in die Familien aufgenommen wurden. Ein anderes Beispiel ist, als die Nazis versuchten, die Erschießung der 4000 polnischen Offiziere in Katyn auszuschlachten. Sie öffneten die Gräber der polnischen Offiziere, die beim polnisch-deutschen Krieg 1939 von der Roten

Armee in Ostpolen gefangen genommen worden waren. Die polnischen Offiziere waren sicher verhärtete Konterrevolutionäre, was nicht bedeutet, dass wir ihre Erschießung durch den NKWD gutheißen. Aber die Goebbels-Propaganda versuchte das auszuschlachten. Der SD berichtete, dass in Deutschland Leute gesagt haben: „Wir haben kein Recht, uns über diese Maßnahme der Sowjets aufzuregen, weil deutscherseits in viel größerem Umfang Polen und Juden beseitigt worden sind.“ Das passt natürlich nicht ins Zerrbild der Kollektivschuld-Propaganda, wonach eben alle Deutschen irgendwie doch Nazis waren und sie unterstützt haben.

Trotzkisten im Zweiten Weltkrieg

Die Trotzkisten haben während des Zweiten Weltkriegs unter der Nazibesatzung Widerstand geleistet (siehe auch die Broschüre *Prometheus Research Series* Nr. 2, „Documents on the ‚Proletarian Military Policy‘“ [Dokumente über die „proletarische Militärpolitik“], Februar 1989). Oskar Hippe führt in seinem Buch ein paar Beispiele davon an. Die politischen Fragen, die dabei auftauchten, haben die Trotzkisten oft in Probleme gestürzt. Einige kapitulierten politisch vor dem bürgerlich-nationalen Widerstand, andere haben mit dem trotzkistischen Programm in die andere Richtung gebrochen. Sie leugneten, dass irgendein Aspekt der nationalen Frage im Nazi-besetzten Europa existierte. Andere, wie die holländischen Trotzkisten des Committee of Revolutionary Marxists (CRM) haben diese Fehler vermieden, und ihr Kampf ist beispielhaft. Das CRM erkannte, dass es einen Aspekt von nationaler Unterdrückung gab, lehnte aber richtigerweise jede politische Zusammenarbeit mit den Organisationen, die den Sieg der Alliierten wollten, scharf ab. Es erklärte, dass die Aufgabe des Proletariats in jedem besetzten Land der Kampf gegen jede Art sozialer und nationaler Unterdrückung und für das Recht auf nationale Selbstbestimmung ist, in Zusammenarbeit mit dem Proletariat des unterdrückenden Landes. Die Politik der KPN (Kommunistische Partei der Niederlande) wurde vom CRM als nationalistisch verurteilt:

„Sie betreiben die niederträchtigste nationalistische Propaganda und versuchen glauben zu machen, ihre schändliche verräterische Politik sei ‚leninistisch‘. Diese schamlosen Agenten der imperialistischen Alliierten betreiben eine Propaganda, die offen den britischen Imperialismus unterstützt. Sie machen Propaganda für eine englische ‚Befreiung‘ und Intervention. Alles, was Lenin über den amerikanischen und britischen Imperialismus schrieb, wird ignoriert... Gemeinsam mit der nationalen Bourgeoisie versuchen sie den Klassenwiderspruch zu verwischen.“

Gegen Illusionen in den nationalistischen Widerstand hielt das CRM proletarischen Internationalismus:

„Es war immer eine vereinte und gemeinsame Überzeugung, dass nur die Arbeiterklasse durch den Kampf aus eigener Kraft den Sieg erreichen kann, die sozialistische Gesellschaft. Deshalb haben wir nicht und werden auch nicht einen antideutschen, sondern einen antifaschistischen Standpunkt einnehmen. Nicht als Kämpfer für die nationale Befreiung der Niederlande, sondern als Kämpfer für die internationale Befreiung des Weltproletariats durch sozialistische Revolution sind unsere Genossen gefallen. Daher ergibt sich ihre große Bedeutung. In diesem Geiste wird unsere neue Zeitung, *De Rode October*, schreiben und das Proletariat wird den Sieg erringen.“ (*De Rode October* Nr. 1, Juni 1942)

**30 000 jüdische
Zivilisten wurden
massakriert
von SS und SD
mit Hilfe der
Wehrmacht 1941
in Babi Jar,
Ukraine**

Und das CRM hat immer die Wiedergeburt der deutschen Arbeiterbewegung als zentral angesehen.

„Ein gesunder Geist des Widerstands lebt im holländischen Proletariat. Die kommenden Ereignisse werden entscheiden, ob die deutsche Revolution oder die Alliierte Konterrevolution diesen Geist nutzen kann.“ (Alle Zitate über das CRM aus Wim Bot, „Generals without troops“ [Generäle ohne Truppen], *Revolutionary History*, Winter 1988/89)

Ein anderes Modell für diesen revolutionären Internationalismus war die Arbeit der französischen Trotzkisten unter den Wehrmachtsoldaten in Brest, die mit ihrer deutschsprachigen Zeitung *Arbeiter und Soldat* für die Verbrüderung französischer und deutscher Arbeiter, die in Hitlers Armee dienen mussten, kämpften. Es gibt einen gewaltigen Unterschied zwischen dem proletarischen Internationalismus der Trotzkisten und dem, was die französischen Stalinisten betrieben. Deren Propaganda muss man übersetzen mit: „Die einzigen guten Deutschen sind tote Deutsche“ oder „Jedem sein Kraut“. Dieser üble Nationalismus konnte nur dazu dienen, die Kontrolle der deutschen herrschenden Klasse und der Nazis über das deutsche Proletariat zu verstärken. Die chauvinistische Politik der Stalinisten, die ihre eigene Bourgeoisie im Namen der Demokratie unterstützten, war eine Barriere, um die deutschen Arbeiter und Soldaten vom Nationalismus zu brechen, und eine Barriere für die revolutionären Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa, wofür die Trotzkisten gekämpft haben.

Wehrmacht, eine imperialistische Armee

Wenn man die Frage der Wehrmacht diskutiert, so ist das Entscheidende dabei, dass im Laufe des Krieges 18 Millionen Deutsche in ihr waren. Das bedeutet, dass zu irgendeinem Zeitpunkt jeder zweite männliche Deutsche in der Wehrmacht gewesen ist. Es gab fünf Millionen tote deutsche Soldaten. Die Wehrmacht war eine Zwangsorganisation, eine imperialistische Armee, die von Anfang an blutige Massaker durchführte. Aber in diesem Punkt hat sie sich *nicht* von den anderen imperialistischen Armeen unterschieden. Es gibt eine Darstellung von Ulrich von Hassel, der mit zum Offizierswiderstand vom 20. Juli 1944 gehörte. Dieser bestand überwiegend aus Hitler-Offizieren, die enttäuscht waren, dass sie mit Hitler den Krieg nicht gewinnen konnten. Zum Teil waren sie aber auch von

Fortgesetzt auf Seite 24



Wehrmacht...

Fortsetzung von Seite 23

menschlicher Empörung über die Verbrechen im Osten motiviert, was vor allem über von Treskow und von Stauffenberg bekannt ist. Ulrich von Hassel hat am 18. August 1941, zwei Monate nach dem Beginn des Überfalls auf die Sowjetunion, geschrieben:

„Der ganze Krieg im Osten entsetzlich, allgemeine Verwilderung. Ein junger Offizier erhielt den Befehl, 350 in einer großen Scheune zusammengetriebene Zivilisten, darunter Frauen und Kinder, niederzumachen, weigerte sich zunächst, wurde darauf hingewiesen, was auf Gehorsamsverweigerung stehe, erbat sich zehn Minuten Bedenkzeit und tat es schließlich, indem er mit einigen Leuten Maschinengewehrfeuer durch das geöffnete Scheunentor in die Menge prasseln ließ...“ (*Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941–1945*)

Dieser Offizier hat dann mit einer leichten Verletzung dafür gesorgt, dass er nie wieder an die Front kommt. Und es gibt einen Feldpostbrief von einem Unteroffizier, in dem steht:

„Man erzählt, ein Befehl des Führers sei herausgekommen, dass Gefangene und solche, die sich ergeben, nicht mehr erschossen werden dürfen. Das freut mich. Endlich!“ (*ebd.*)

Und dann beschreibt er noch den ganzen Horror, den es für ihn bedeutet hat. Immer wieder werden Feldpostbriefe von Soldaten zitiert, die beweisen, dass Soldaten auch die Nazi-Ideologie teilten. Das verwundert überhaupt nicht, waren die Nazis doch eine kleinbürgerliche Massenbewegung; und von Gegnern der Nazis zu erwarten, dass sie offen ihre Opposition in Briefen von der Front, die der Militärzensur unterlagen, ausdrückten, ist einfach illusorisch. Der Soldat Kurt Vogeler war entsetzt über den brutalen Krieg: „Welch ein unseliger Krieg ist dieses Menschenmorden im Osten Europas! Ein Frevel an der Menschheit!“ Helmut Altner beschrieb die Alternative für Soldaten so: „Es gibt ja nur zwei Möglichkeiten. Tod durch eine Kugel des Gegners oder durch die Schergen der SS“ (zitiert in: Stephen G. Fritz, *Hitlers Frontsoldaten*).

Die Führung der Wehrmacht jedoch teilte voll und ganz die Völkermordpolitik und war völlig verwoben mit den Nazis. Schon vor dem Angriff auf die Sowjetunion, am 6. Juni 1941, gab es den „Kommissarbefehl“ von Keitel, in dem es heisst:

„Die Truppe muss sich bewusst sein:

- 1.) In diesem Kampfe ist Schonung und völkerrechtliche Rücksichtnahme diesen Elementen gegenüber falsch...
- 2.) Die Urheber barbarisch asiatischer Kampfmethoden sind die politischen Kommissare. Gegen diese muss daher sofort und ohne Weiteres mit aller Schärfe vorgegangen werden.

Sie sind daher, wenn im Kampf oder Widerstand ergriffen, grundsätzlich sofort mit der Waffe zu erledigen.“ (*Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941–1945*)

Die Aufgabe von Revolutionären war, die Soldaten der Wehrmacht für ein revolutionäres Programm zu gewinnen. Sie war eine Zwangsarmee, und im Zweiten Weltkrieg gab es keine Möglichkeit, der Wehrpflicht zu entgehen. Zuerst hat die Wehrmacht politisch Unzuverlässige nicht gezogen, später aber doch. Es wurden auch politische Gefangene aus den KZs in so genannten Strafbataillonen an die Front geschickt, die dann nur leichte Waffen bekamen und meist vor der deutschen Front Minen suchen mussten. Das war ein Todesjob. Der Historiker Omer Bartov hat in seinem Buch *Hitlers Wehrmacht* beeindruckend die Widersprüche in der Wehrmacht illustriert:

„Während die kaiserlichen Heere im Ersten Weltkrieg nur 48 Soldaten aus den eigenen Reihen exekutierten,

wurden im Zweiten Weltkrieg zwischen 13 000 und 15 000 Mann von der eigenen Armee hingerichtet... Sehen wir einmal von den vielen Tausenden ab, die in Strafbataillone versetzt wurden, so erhielten zwischen Ende August 1939 und Mitte 1944 nicht weniger als 23 124 Soldaten langjährige Zuchthausstrafen, während 83 346 zu Gefängnisstrafen von über einem Jahr und weitere 320 042 zu Gefängnisstrafen von unter einem Jahr verurteilt wurden.“

Andere berichten von 20 000 Wehrmachtsoldaten, die dafür hingerichtet worden sind, dass sie desertierten oder Befehle verweigert haben.

Bei diesen gewaltigen Zahlen muss man sich zusätzlich vor Augen halten, dass der Druck auf die Soldaten noch dadurch erhöht wurde, dass Hingerichteten, wie Bartov beschreibt, die Staatsbürgerschaft aberkannt wurde, damit die Hinterbliebenen keine Rentenansprüche hätten. Viele fürchteten zu Recht Repressionen gegen ihre Angehörigen. Dies ist eine eindrucksvolle Illustration davon, dass die Armee immer die Widersprüche einer Gesellschaft wie in einem Brennglas konzentriert. Die Klassenlinie zwischen Soldaten, die Arbeiter in Uniform waren, und Offizieren, die die Interessen der Bourgeoisie durchsetzen, könnte nicht deutlicher werden. Das alles hält Bartov allerdings nicht davon ab, am Ende des Buches für die Kollektivschuld zu argumentieren. Im Wesentlichen muss er sich dabei aber auf Aussagen von Nazigrößen und auf reinen Moralismus stützen. Es gelingt ihm nicht, zu belegen, dass alle Soldaten hinter dem Naziregime standen, wie er behauptet.

Eine der wichtigsten Kollektivschuldkampagnen der letzten Jahre, zumindest was die Wehrmacht angeht, war die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“. Hannes Heer, der Leiter der ersten Ausstellung, unterstützt in seinem Buch *Vom Verschwinden der Täter* (2004) die Aussage von Jan Philipp Reemtsma:

„Und der Leiter des Instituts unterstrich diesen Gedanken von der Wehrmacht als Quersumme der Volksgemeinschaft und als *der* Schnittstelle von Bevölkerung und Naziverbrechen, als er bei der Eröffnung der Ausstellung am 5. März 1995 ausführte, dass ihre Brisanz gerade darin bestehe, dass sie nicht, wie üblich geworden, die verbrecherische Rolle der Eliten in der NS-Zeit vorführe, sondern ‚potentielle Verbrechen des Jedermann, Verbrechen von jedermanns Mann, Vater, Bruder, Onkel, Großvater.‘ Die Ausstellung leiste damit einen Beitrag zur Beantwortung der Frage ‚wie ‚ganz normale Menschen‘ (in der Regel Männer, aber nicht nur) ‚so was‘ tun konnten.“ (*Krieg ist ein Gesellschaftszustand*, hrsg. vom Hamburger Institut für Sozialforschung, Hamburg 1998)

Die Wehrmachtsausstellung hatte also den gleichen Zweck, wie Goldhagens Buch: die Schuld an den Naziverbrechen der so genannten „Volksgemeinschaft“, den „ganz normalen Menschen“ in die Schuhe zu schieben. Sprich: Kollektivschuld. Aber sie versuchte nicht wie Goldhagen, die Leute mit Tausend Seiten pseudoakademischer dröger Abhandlungen zu traktieren. Hier hatte man entsetzliche Bilder von Verbrechen, auf denen teilweise auch Soldaten zu sehen waren, in einer Ausstellung arrangiert. Damit erreichte man nicht nur ein paar gestählte Historiker, sondern eine breite Öffentlichkeit. Von ihrer Eröffnung am 5. März 1995 bis zu ihrer endgültigen Schließung am 31. März 2004 wurde sie in 34 deutschen und österreichischen Städten gezeigt. Knapp eine Million haben sie besucht, noch mehr haben über sie gelesen und gestritten. Die Ausstellung polarisierte zutiefst das ganze Land, weit mehr noch als 1996 Goldhagens *Hitlers willige Vollstrecker – Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust* (siehe dazu „Holocaust, ‚Kollektivschuld‘ und deutscher Imperialismus“, *Spartacist*, deut-

sche Ausgabe Nr. 20, Sommer 1998).

Im Kern versucht die Ausstellung, die Kollektivschuld dadurch zu beweisen, dass sie sagt, die Wehrmacht sei am Holocaust beteiligt gewesen, daher bestehe kein Unterschied zwischen dem einfachen Soldaten und den Wehrmachtoffizieren sowie der SS. Ein Abschnitt der Ausstellung zeigte daher Bilder der Massenerschießungen von mehr als 30 000 jüdischen Frauen, Kindern, Alten und Männern in



U.S. National Archives

Imperialistische Verbrechen – oben: Hiroshima nach US-Atombombenabwurf; rechts: japanisches Massaker an Chinesen in Nanking 1937



Der Spiegel

Babi Jar 1941. In diesem Fall war es der Sicherheitsdienst (SD) der SS, der den Massenmord durchführte, und nicht Wehrmachtsoldaten. Die Wehrmacht hat Massaker an Zivilisten durchgeführt, sei es in der Sowjetunion durch Beteiligung an der „Partisanenbekämpfung“ oder in Griechenland, Serbien und anderswo. Aber die eigentliche Frage ist, was das Einzigartige am Holocaust war – denn einzigartig war er tatsächlich. Natürlich war Babi Jar der Anfang vom Holocaust in gewisser Weise, denn es wurde gezielt die jüdische Minderheit der Kiewer Bevölkerung ermordet. Aber andererseits hat es Massaker an unschuldiger Zivilbevölkerung in vielen imperialistischen Kriegen gegeben. Zum Beispiel die Massaker der US-Truppen an philippinischen Minderheiten Anfang des 20. Jahrhunderts. Eines der schrecklichsten Beispiele, das ein noch größeres Ausmaß hat als Babi Jar, war das japanische Massaker in Nanking 1937. 300 000 chinesische Zivilisten sind abgeschlachtet, 80 000 Frauen vergewaltigt worden. Das heißt, es gab andere schreckliche Verbrechen, wie die Massaker der britischen Armee in Indien. Und es gab den Krieg der USA im Pazifik, der auf rassistischer Ebene gegen die Japaner geführt wurde; dort sollte im Zweiten Weltkrieg die „gelbe Gefahr“ bekämpft werden.

Das Besondere, Einzigartige am Holocaust ist, dass die Vernichtung von *ganzen Völkern*, Juden, Roma und Sinti, *industriemäßig organisiert wurde*. Der deutsche Imperialismus hat im Laufe des Zweiten Weltkriegs unter der Naziführung elf Millionen Menschen ermordet. Und davon einen großen Teil industriell. Er hat es anders nicht mehr geschafft. Wissenschaftler, Verwaltungsfachleute, technische Spezialisten und Bauingenieure, kurzum ein riesiger Verwaltungsapparat, wurden eingesetzt, um die Todesfabriken zu organisieren. Das ist ein Verbrechen, das bisher einzigartig ist – *bisher*, denn es ist im Wesentlichen ein Ausdruck des Kapitalismus in seinem Todeskampf. Und die Ideologie der Nazis von Götterdämmerung und Weltuntergang war eben ein Ausdruck davon, dass die Bourgeoisie ihre Macht nicht freiwillig abgeben wird, selbst wenn es den Untergang der ganzen Menschheit bedeutet.

Die Konservativen bis hin zu den Faschisten liefen wortwörtlich Sturm gegen die Wehrmachtausstellung; kaum eine Stadt, in der die Ausstellung ohne einen Nazi-Aufmarsch stattfand. Ein Höhepunkt war München 1997, als 5000 gegen die Ausstellung aufmarschierten, mobilisiert von der gutbürgerlichen CSU gemeinsam mit den Nazis. 15 000 protestierten gegen die Nazis trotz eines riesigen Polizeiaufgebots, das die Nazis schützte. Es war klar, dass Linke die Wehrmachtausstellung gegen die Provokationen der Nazis verteidigten, die den Holocaust leugnen (oder gutheißen) und für neuen Völkermord mit Bannern wie „Sieg und

Ehre der Waffen-SS!“ mobilisieren! Linke Antifa-Gruppen organisierten Demos gegen den Nazi-Abscham. Doch aufgrund ihrer Volksfront-Politik ist das politische Programm der Antifa völlig bürgerlich. Und genau wie jeder bürgerliche Antifaschist weist sie die Arbeiterklasse zurück. So schürt die Antifa objektiv Illusionen in die bürgerliche Demokratie. Statt auf klassenkämpferische Arbeiter/Immigranten-Mobilisierungen, um die Nazis zu zerschlagen, setzt sie auf individuellen Widerstand. Das führt sie auch dazu, jedem deutschen Individuum die Verantwortung für den Holocaust zu geben. Und genau deshalb können die anti-kommunistischen, prozionistischen „Antideutschen“ aus dem Antifa-Milieu rekrutieren. Von der Zurückweisung einer Klassenkampfperspektive gegen den Faschismus und das kapitalistische System, das ihn ausbrütet, ist es kein so großer Schritt, einen imperialistischen Schlächter wie Bomber Harris zu unterstützen. Das Gleiche gilt für den Übergang von der Verbreitung der Kollektivschuldlüge hin zur Unterstützung des zionistischen Staatsterrors Israels gegen das palästinensische Volk.

Mit ihrer Propaganda für die „Kollektivschuld“ entschuldigen Linke nicht nur die Bourgeoisie von Auschwitz, sondern bereiten auch den Nazis das Feld. Die Nazis griffen die Wehrmachtausstellung an, weil sie Verbrechen von SS und Wehrmacht zeigte, besonders im Krieg gegen die Sowjetunion. Um dafür Unterstützung in der Bevölkerung zu mobilisieren, hielten sie der Kollektivschuld Parolen wie „Opa war kein Verbrecher“ entgegen. Aufgrund ihrer Zurückweisung des Proletariats hatten Linke wie die Hamburger autonome Gruppe AVANTI dem nichts anderes entgegenzusetzen als „Unsere Großväter waren Verbrecher!“ (Redebeitrag von AVANTI, 27. März 2004). Die Aussage, dass die wehrpflichtigen Soldaten konterrevolutionärer Abscham und Nazis wurden, weil sie gezwungen wurden, Massaker durchzuführen, verwischt die Klassenlinie, die in *jeder* imperialistischen Wehrpflichtigenarmee zwischen dem bürgerlichen Offizierskorps und den einfachen Soldaten verläuft, die hauptsächlich aus der Arbeiterklasse kommen. Und es verwischt die Differenz zwischen der Zwangsorganisation Wehrmacht und den freiwilligen Eliteeinheiten von Hitlers Regime wie SS, SD und Gestapo. Die deutsche Bourgeoisie hat auf die Nazis gesetzt, um ihre Klassenherrschaft zu retten. Der Historiker Ulrich Herbert bejubelt das ideologische Rollback der Linken in einem Interview in der *tageszeitung* am 6. Juni hin zur Kollektivschuld heute. Dabei hat er nur Verachtung für die Kapitalismuskritik der Linken in den 60-Jahren: „Seit 1968 setzte sich die westdeutsche Linke nicht mehr mit der NS-Vergangenheit
Fortgesetzt auf Seite 26

Wehrmacht...

Fortsetzung von Seite 25

auseinander, sondern sie betrieb ‚Faschismusanalyse‘ in der Tradition der kommunistischen Linken. Das NS-Regime wurde auf diese Weise zu einer Variante ‚bürgerlicher Herrschaft‘. Das kann man eine Phase der zweiten Verdrängung nennen – diesmal von der Linken.“

Warum die Bourgeoisie heute Kollektivschuld mag? Um ihre eigenen wirklichen Verbrechen abzudecken: Wenn jeder schuldig ist, ist sie es dann nicht mehr. Und die deutsche Armee war schon im Ersten Weltkrieg schrecklich. Karl Liebknecht berichtete das schon über das preußische Militär. Es war ein imperialistischer Krieg. Und der Krieg gegen die Sowjetunion 25 Jahre später war ein konterrevolutionärer Krieg, der sich qualitativ nicht von den Kolonialkriegen der Imperialisten unterschied. Man sollte sich nur mal ansehen, was das imperialistische Belgien im Kongo angerichtet hat. In den ersten Jahren der belgischen Kolonialherrschaft wurden schätzungsweise zehn Millionen Menschen – rund 50 Prozent der ursprünglichen Bevölkerung – ermordet. Im Kampf gegen die Unabhängigkeit Algeriens töteten die französischen Imperialisten Ende der 50er-, Anfang der 60er-Jahre eine Million Menschen, ein Zehntel der Gesamtbevölkerung. Und 1945 äscherten der britische und amerikanische Imperialismus Dresden ein und die USA warfen Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki. Hunderttausende unschuldiger Zivilisten wurden so kaltblütig abgeschlachtet. All dies sind Verbrechen der imperialistischen Bourgeoisien und nicht der Arbeiterklasse des jeweiligen Landes.

Revolutionäre Nachkriegswelle in Europa

Wie von den Bourgeoisien befürchtet worden war, gab es nach dem Zweiten Weltkrieg eine revolutionäre Welle. In Italien hatte die KPI-geführte Partisanenbewegung die Mussolini-Faschisten gestürzt, die Arbeiterklasse war bewaffnet. Doch im Rahmen ihrer Volksfrontpolitik bejubelte die KPI die Amerikaner als ihre Verbündeten, entwaffnete die Partisanen und ließ zu, dass wieder ein bürgerlicher Staat aufgebaut wurde. Nur dank des Verrats der Stalinisten konnte die Revolution abgewendet werden. In Griechenland schlug der britische Imperialismus die bewaffnete Partisanenbewegung blutig nieder. In Frankreich hatte die Bourgeoisie ebenso wie in Deutschland jeden Kredit in den Augen der Arbeiter verloren. Denn sie hatte sich Hitler in die Arme geworfen, damit er ihr Problem mit der Arbeiterklasse löst. Ihr überwiegender Teil gehörte zum Vichy-Regime, installiert nach der Besetzung Frankreichs, das mit den Nazis zusammenarbeitete, z. B. bei der Vernichtung der französischen Juden. Übrigens war in Frankreich wie auch in Italien die Alliiertenhaltung, dass Faschismus etwas rein Deutsches sei, nicht sehr überzeugend. In diesen Ländern waren die stalinistischen KPen, die mit der Autorität des sowjetischen Sieges ausgestattet waren, das Instrument um die Herrschaft der Bourgeoisie zu retten.

Deutschland war, was die revolutionäre Nachkriegskrise anging, keine Ausnahme. Der Schlüssel ist, zu verstehen, dass die Soldaten, die die Verbrechen begingen, dazu gezwungen wurden. Es waren eben nicht *ihre* Verbrechen, wie die Kollektivschuld-Moralisten behaupten. Natürlich wurden einige zu abgestumpften Schlächtern. Aber auch eine andere Schlussfolgerung war daraus möglich, nämlich Wut. Mit Wut zurückzukommen und diese deutsche Bourgeoisie und ihr kapitalistisches System zu zerschlagen. Die Sieger schreiben die Geschichte. Und die Geschichte, die heute über den Zweiten Weltkrieg erzählt wird, ist entstanden, *nachdem* die revolutionäre Nachkriegswelle in Europa, die auch Deutschland erschütterte, besiegt worden war. *Nachdem* die Kollektivschuld-Gehirnwäsche stattgefunden

hat. *Nachdem* den Arbeitern nach der kapitalistischen Wiedervereinigung von SPD und PDS beigebracht wurde, dass man nichts ändern kann, nichts machen kann und der Kapitalismus für immer währt. Aber die Arbeiter, die zurückkamen, und die Arbeiter, die hier waren, die diesen Krieg erlebt hatten, die wollten Sozialismus. Jede Partei nach 1945 sprach von Sozialismus, sogar die CDU, nur die KPD sprach sich dagegen aus.

Darüber, was unmittelbar nach dem Krieg in Deutschland los war, gibt es eine Menge Berichte, die man nicht in der offiziellen Geschichtsschreibung findet. Der Historiker Wolfram Wette, der meist in Richtung Kollektivschuld tendiert, hat ein Buch über die Wehrmacht geschrieben. Dieses Buch ist ziemlich nützlich, weil es auch Beispiele bringt, die Wettes eigener Kollektivschuldlinie widersprechen. So schreibt er einerseits, dass sich Millionen auch nach dem Krieg mit der Wehrmacht identifizierten, dass die Wehrmacht ja nicht so schlecht gewesen sei und dass das alles nur Hitler und die SS waren. Und dann schreibt er, völlig im Gegensatz dazu:

„Die Wehrmacht war die Gewaltorganisation, die den Krieg gleichsam verkörperte. Wer immer das Ende des schrecklichen Krieges begrüßte, der weinte auch der nun zwangsweise aufgelösten Wehrmacht keine Träne nach. Die Millionen einfacher Soldaten empfanden gewiss auch Genugtuung darüber, dass den Offizieren, die ihnen gegenüber – kraft des militärischen Befehls – jahrelang als Herren über Leben und Tod aufgetreten waren, nun diese Macht genommen war. Anders als nach dem Ersten Weltkrieg, als Millionen von Menschen sich in der Parole ‚Nie wieder Krieg!‘ einig wussten, artikulierten viele Deutsche jetzt ein sehr viel radikaleres und konkreteres Schlagwort. Es lautete: Nie wieder Militär!“ (Wolfram Wette, *Die Wehrmacht*)

1949 gab es eine Meinungsumfrage, in der gefragt wurde, wer für eine neue Wehrmacht ist, für die Wiederaufrüstung. Dafür waren sechs Prozent, *dagegen waren 71 Prozent*. Diese pazifistische Opposition konnte die Wiederaufrüstung des deutschen Imperialismus aber überhaupt nicht verhindern. Um den deutschen Militarismus zu besiegen, ist es notwendig, die deutsche Bourgeoisie durch sozialistische Revolution zu stürzen. Die Kollektivschuld-Ideologie hat nicht zuletzt dank der SPD/Grünen-Regierung dafür gesorgt, dass die Bundeswehr wieder auf den Balkan und sonst wohin geschickt werden konnte.

In seinem anfangs erwähnten Beitrag zum 8. Mai letzten Jahres brachte Peter Gingold noch ein weiteres Argument für die Kollektivschuld und die angebliche Unterstützung für Hitler bis zuletzt: „Auch nicht einmal, als ganz Deutschland befreit war bis auf Berlin, selbst da gab es nicht den Aufstand, Schluss mit dem Kämpfen! 30 000 Sowjetsoldaten mussten noch sterben, um diese Stadt zu befreien.“ Eine gute Antwort im unmittelbaren Sinne gibt die Resolution des Europäischen Exekutivkomitees der Vierten Internationale vom Dezember 1945:

„Das deutsche Proletariat selbst aber hat sich trotz des Versagens seiner Führung heroisch geschlagen. Allein die Abertausende von Blutzügen aus seinen Reihen machen die Gesamtschuldthese zu einer Beleidigung der Besten des deutschen Proletariats. Noch bis zuletzt, als schon die Bombenteppiche der alliierten Armeen auch über die Arbeiterviertel fielen und mit zur Lähmung eines ernstesten Widerstandes gegen Hitler beitrugen, haben deutsche revolutionäre Arbeiter in Streiks und Demonstrationen gegen den Faschismus gekämpft. Deutsche Deserteure zusammen mit ausländischen Arbeitern erhoben sich gegen die SS. An manchen Orten haben die Arbeiter in kühnem Aufstand vor dem Eintreffen der alliierten Armeen sogar die Macht erobert.“



Spartakist



Spartakist

Berlin, 8. Mai 2005: Spartakist-Block interveniert bei der volksfrontlerischen Spasibo-Demonstration gegen Kollektivschuld-Lüge und für die Zentralität der Arbeiterklasse im Kampf gegen Faschismus. Rechts: Rüsselsheim, Oktober 2004, multiethnische Opel-Arbeiter im Kampf gegen Betriebsschließungen

Es gibt eine Reihe von Beispielen über Kämpfe zwischen Wehrmacht und SS am Ende des Krieges. Oskar Hippe beschreibt in seiner Autobiografie, dass er sich in seiner Gruppe dafür eingesetzt hat, zusammen mit anderen Arbeiterparteien „Widerstandsgruppen militärischer Art aufzubauen, die, wenn die alliierten Truppen deutschen Boden erreicht haben würden, in die Kämpfe gegen die Wehrmacht eingreifen könnten“, damit das deutsche Proletariat nicht passiv auf die Befreiung wartet – was die Politik der Stalinisten war. 1945/46 gab es in der Vierten Internationale eine Auseinandersetzung über die deutsche Arbeiterklasse. Ernest Mandel, der damals noch echter Trotzki war, schrieb eine nützliche Polemik. 1953 wurde er einer der Führer der pabloistischen Tendenz, die mit dem authentischen Trotzkiismus brach. Sie war gekennzeichnet von politischem Impressionismus und der Suche nach nicht-proletarischen Ersatzkräften. Mandel leugnete dann die Notwendigkeit des Aufbaus revolutionärer Arbeiterparteien. Aber im Dezember 1945 argumentierte er richtig in seiner Polemik, im Abschnitt „Die Legende der vollständigen Passivität des deutschen Proletariats“ (alles unsere Übersetzung):

„Wir wissen, dass mit dem Annähern der Roten Armee die Landarbeiter von Mecklenburg ihr Land besetzt haben, was sie seit Jahrhunderten wollten. Wir wissen, dass zur gleichen Zeit die Arbeiter von Sachsen rote Fahnen über ihren Fabriken hissten und wirkliche Sowjets wählten. Einer der belgischen Trotzkiisten hat teilgenommen an einem dieser Fabrikkomitees, die geschaffen wurden, als die Rote Armee Dresden erreichte. Wir wissen, dass in diesem Komitee mehrere linke Kommunisten waren, die gegen den Stalinismus opponierten. Wir wissen, dass es lokale Bürgerkriege gab, fast überall, zwischen der SS auf der einen und dem Volkssturm und der Wehrmacht auf der anderen Seite. Wir wissen, dass schon 1943 in Hamburg ein Aufstand versucht und zerschmettert wurde. Und schließlich wissen wir das Wichtigste überhaupt: dass in dem Moment, wo der Nazi-Apparat kollabierte, die imperialistischen Armeen und die Armee der Sowjetbürokratie einen viel stabileren und nicht weniger brutalen Polizeiapparat in allen Teilen des Landes errichteten. Unter diesen Bedingungen wäre es eine Schande, das mutige Verhalten des deutschen Proletariats als ‚allgemeine Passivität‘ zu bezeichnen.“

Andere Beispiele werden u. a. in Richard Pritchards empfehlenswertem Buch *The making of the GDR – From Antifascism to Stalinism* [Der Aufbau der DDR – Vom Antifaschismus zum Stalinismus] gegeben. Und dann gibt es noch in *Spartakist* Nr. 59 (November/Dezember 1988) ein Beispiel über Hamburger Hafenarbeiter, die 1938 Juden geholfen und Sammlungen für sie veranstaltet haben. Der Artikel zitiert aus *Alltag der Entrechteten* von Harald Focke und Uwe Reimer: „In Eimsbüttel jagten die Arbeiter eines Betriebes den nationalsozialistischen Plünderern das gestohlene Gut wieder ab und erstatteten es den Eigentümern zurück.“

Das Manifest der Internationalistischen Kommunisten Buchenwalds

Die sehr wichtige Erklärung der Internationalistischen Kommunisten Buchenwalds vom 20. April 1945, auch nachgedruckt im *Spartakist* sowie im *Spartacist*, stellte ein Programm für die Arbeiterrevolution in Deutschland auf. Sie hatte allerdings die wichtige programmatische Schwäche, dass sie nicht die Notwendigkeit der bedingungslosen militärischen Verteidigung der Sowjetunion erklärte und den Klassencharakter des Sowjetstaates offen ließ. Zu ihren Losungen gehörten:

- „Auflösung der Wehrmacht und ihre Ersetzung durch Arbeitermilizen!
- Sofortige freie Wahl von Arbeiter- und Bauernräten in ganz Deutschland und Einberufung eines allgemeinen Rätekongresses!...
- Keinen Mann, keinen Pfennig für die Kriegs- und Reparationsschulden der Bourgeoisie!
- Die Bourgeoisie muss zahlen!
- Für die gesamtdeutsche sozialistische Revolution, gegen eine Zerstückelung Deutschlands!
- Revolutionäre Verbrüderung mit den Proletariern der Besatzungsarmeen!
- Für ein Räte-Deutschland in einem Räte-Europa!
- Für die proletarische Weltrevolution!“ (20. April 1945)

In der Tradition des heldenhaften internationalistischen Kampfes der Trotzkiisten im Zweiten Weltkrieg wollen wir Spartakisten eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei aufbauen, die darum kämpft, die Herrschaft der deutschen Bourgeoisie von Auschwitz in einer Arbeiterrevolution zu stürzen. ■



Los Angeles Times

US-Soldat bewacht Ölraffinerie im ölfreuen Kirkuk, April 2003

Irak...

Fortsetzung von Seite 32

Das zunehmende sektiererische Blutvergießen unterstreicht die Tatsache, dass der Irak keine Nation ist, sondern vielmehr ein Flickenteppich verschiedener Völker und Ethnien, der am Ende des Ersten Weltkriegs vom britischen Imperialismus aus dem Osmanischen Reich herausgetrennt wurde. Die Grenzen des Irak wurden willkürlich gezogen, um imperialistische Ölkonzessionen einzuschließen, und zwangen so historisch miteinander verfeindete Bevölkerungsgruppen unter ein gemeinsames Dach. In solch einer Gesellschaft kann eine stabile bürgerlich-demokratische Herrschaft nur ein Phantasiegebilde sein. Solange die Arbeiterklasse nicht als unabhängige politische Kraft im Kampf gegen neokoloniale Herrschaft hervortritt, kann jede dieser Bevölkerungsgruppen nur durch die Unterdrückung der anderen und im Bündnis mit dem US-Imperialismus an die Macht gelangen.

Dies wird durch das Beispiel der Kurden veranschaulicht, deren nationalistische Führer aktiv mit der US-Besatzung des Irak kollaborierten und ihre kurdischen Milizen (die Peschmerga) den US-Streitkräften als Hilfstruppen anboten. Heute handeln die beiden rivalisierenden kurdischen bürgerlich-nationalistischen Parteien, Jalal Talabanis Patriotische Union Kurdistans (PUK) und Massoud Barsanis Kurdische Demokratische Partei (KDP), als Handlanger der US-Streitkräfte. Seit 1991 existiert im Nordirak eine halbautonome kurdische Region, zuerst unter dem Schutzmantel einer von den US-Streitkräften erzwungenen „Flugverbotszone“ und jetzt direkt unter militärischer US-Besatzung.

Das ist ein zynischer Abklatsch von Selbstbestimmung des kurdischen Volkes, das Generationen von Unterdrückung durch verschiedene kolonialistische und nationalisti-

sche Regime zu erdulden hatte. Die kurdischen nationalistischen Führer im Irak haben sich den amerikanisch angeführten Besatzungsstreitkräften untergeordnet. Und viele irakische Kurden betrachten irrtümlicherweise die Besatzung mit Wohlwollen, als einen Garant gegen arabische Eroberung. Jeder Kampf für kurdische Unabhängigkeit, der nicht den Widerstand gegen die Besatzung und gegen die nationalistischen Parteien, die ihr dienen, zu seinem Ausgangspunkt macht, wird unausweichlich der Besatzung untergeordnet sein.

Irakisch-Kurdistan: Öl und ethnischer Konflikt

Mit fast 30 Millionen Menschen sind die Kurden die größte Nation der Welt ohne eigenen Staat. Kurdistan umfasst die Weiten zerklüfteter Gebirge und ausgetrockneter Täler, die sich über die abgelegenen Teile vier verschiedener Länder erstrecken: der Türkei, des Iran, des Irak und Syriens. Somit erfordert die kurdische Selbstbestimmung den Sturz von vier kapitalistischen Staaten.

Von Bomben- und Giftgasangriffen durch die Briten in den 20er-Jahren über die brutale Unterdrückung unter Saddam Husseins Herrschaft bis zum gegenwärtigen Vernichtungskrieg durch die Türkei ist das Volk Kurdistans Opfer von Unterdrückung, Zwangsumsiedlungen und Massakern sowohl durch die Kolonialmächte als auch durch örtliche kapitalistische Regime gewesen. Das kurdische Volk hat eine lange Geschichte des Kampfes gegen seine Unterdrücker. Seine feudalistischen und bürgerlich-nationalistischen Irreführer haben eine genauso lange Geschichte des Ausverkaufs dieser Kämpfe für eine illusorische Unterstützung von den Imperialisten oder deren regionalen Lakaien.

Als die US-Streitkräfte Ende 2004 die sunnitische Bevölkerung Faludschas vertrieben und die Stadt verwüsteten, bestanden die irakischen Hilfstruppen vor allem aus den kurdischen Peschmerga zusammen mit einigen schiitischen Einheiten aus dem Süden. Bald darauf unterstützten ähnlich zusammengesetzte Einheiten die US-Truppen bei der Erstürmung der gemischt kurdisch-arabischen Stadt Mosul, die von sunnitischen Aufständischen besetzt worden war. Um diese Zeit kommentierte der ehemalige UN-Waffeninspektor Scott Ritter, dass die einzige effektive Einheit der irakischen Armee das 36. Bataillon sei, „eine kurdische Miliz, die vom US-Militär verpflichtet wurde, da der Rest der irakischen Armee nicht gewillt oder unfähig ist, den Kampf gegen die irakischen Widerstandskämpfer zu führen“ (*Al Dschasira* online, 9. November 2004).

Im kurdisch dominierten Nordirak, der von den US-Besatzern als ein Modell für den Rest des Landes hingestellt wird, haben von US-Truppen unterstützte Peschmerga sunnitische und schiitische Araber wie auch die turkmenischen und christlich-assyrischen Minderheiten angegriffen, sich ihres Besitzes bemächtigt und sie zu Tausenden vertrieben. Die Terrorwelle begann unmittelbar nach der US-Besetzung und schwoll nach den Wahlen vom Januar 2005 an, bei denen die PUK und die KDP ihre Herrschaft über die Provinzregierung gefestigt hatten. Ein Brennpunkt in dem Konflikt ist die Kontrolle über die Stadt Kirkuk, die auf großen Ölreserven ruht. Tatsächlich liegen etwa 40 Prozent der irakischen Ölreserven in der kurdischen Region.

Um den kurdischen Nationalismus zu unterdrücken und die politische Stärke der Kurden in dieser ölfreuen Region abzuschwächen, vertrieben die verschiedenen sunnitisch-arabischen Regierungen in Bagdad die Kurden systematisch aus Kirkuk und den umliegenden Gebieten und ersetzten sie durch Araber aus dem Süden. Die „Arabisierung“ wurde von Saddam Hussein nach dem Golfkrieg von 1991 forciert, als Hunderttausende Kurden zwangsweise aus ihren Häusern vertrieben wurden.

Jetzt kehren die Kurden den Prozess um. Die PUK und die KDP haben in rasch wachsende Siedlungen am Stadtrand von Kirkuk mindestens 300 000 Kurden zurückgeführt, wodurch im Vorfeld eines für Ende 2007 geplanten Referendums über den Status von Kirkuk tatsächlich Hunderttausende zusätzlicher Wähler bereitstehen. Die Zurückführungen haben blutige Konfrontationen zwischen Arabern und Kurden hervorgerufen. In den letzten Wochen sind hunderte schiitische Milizionäre nach Kirkuk gezogen, um sich eine gute Ausgangsposition zu verschaffen – das Szenarium für weiteres Blutvergießen.

Befreiung der Kurden und permanente Revolution

Mit US-Unterstützung beherrschen die beiden kurdischen nationalistischen Parteien die Bevölkerung der Region durch Angst und Schrecken. Wie *Time* online (17. März) berichtete:

„Kurdistan ist ein richtiggehender Polizeistaat, in dem die Asajesch – die Militärpolizei – in jedem Viertel der größeren Städte einen Stützpunkt besitzt und wo die ‚Geheimpolizei‘ Parastin Telefongespräche überwacht und kontrolliert, wer am Freitagsgebet teilnimmt.“

Die KDP, die die Provinzen Erbil und Dohuk beherrscht, und die PUK, die die Provinz Suleimanija kontrolliert, haben beide ihre eigenen Milizen. Demonstrationen sind verboten, und Journalisten werden regelmäßig verhaftet und verprügelt. Der Schriftsteller Kamal Karim, ein im Irak geborener Kurde mit österreichischer Staatsbürgerschaft, wurde zu 30 Jahren Gefängnis verurteilt, nachdem er Barsani Korruption und Machtmissbrauch vorgeworfen hatte. Nach einer internationalen Protestwelle wurde seine Strafe auf 18 Monate herabgesetzt, und später wurde er begnadigt.

Doch das kurdische Volk im Irak ist kaum eine homogene Masse, die hinter ihren nationalistischen Führern steht. Eine Demonstration in Halabdscha vom 16. März, wo Saddam Husseins Regime 1988 einen Giftgasangriff durchgeführt hatte, bei dem ungefähr 5000 Menschen ermordet wurden, zeigte die ganze Wut über die nationalistischen Führer, die unter der Oberfläche der kurdischen „Einheit“ kocht. Als sich Funktionäre zu einem Tag der Trauer über die Grausamkeit von 1988 versammelten, gingen Tausende wütender Kurden auf die Straße, um gegen Korruption, Tyrannei und Vernachlässigung zu protestieren. Die Peschmerga feuerten auf die Demonstration und töteten einen 17-jährigen Demonstranten. Wütende Demonstranten gelangten zu einem Denkmal und einem Museum zum Andenken an die Opfer des Giftgasangriffs und setzten das Museum in Brand.

Aus der Tatsache, dass die Demonstranten ein Denkmal niederbrannten, das an ihr eigenes Leiden erinnert, kann man ermesen, wie tief die Wut des Volkes sitzt. Die BBC (18. März) berichtete, dass das Denkmal zum Brennpunkt des Volkszorns wurde, weil nach Angaben von Anwohnern „Funktionäre die Grausamkeiten für ihre eigenen politischen Ziele ausgenutzt haben, sie selbst aber wenig Unterstützung erhalten hatten“.

Der Protest vom 16. März war der jüngste in einer Reihe von Demonstrationen und Studentenstreiks im ganzen Irakisch-Kurdistan gegen Korruption, Arbeitslosigkeit, schlechte Versorgung und Wohnungsmangel. Trotz der vier bis fünf Milliarden Dollar, die die Regionalregierung von der Zentralregierung erhält, sickert nichts davon bis zu der verarmten Bevölkerung durch. Ein Großteil der Region bleibt unterentwickelt, mit einem hohen Prozentsatz an Analphabetismus und Arbeitslosigkeit. Enttäuscht und unzufrieden mit den nationalistischen Parteien wenden sich viele Studenten und andere junge Leute der Islamischen

Union Kurdistans zu, die mit der Moslebruderschaft verbunden ist.

Die Kurden sind nicht einfach nur Opfer nationaler Unterdrückung und wiederholten Verrats durch ihre nationalistischen Führer. Wie wir in unserer zweiteiligen Serie „Das kurdische Volk und die US-Besatzung des Irak“ (*Spartakist* Nr. 152 und 153, Herbst 2003 und Winter 2003/2004) betonten:

„In den Erdölfeldern von Kirkuk und in anderen strategischen Zentren gibt es eine ziemlich große kurdische Arbeiterklasse mit einer Geschichte militanten Kampfes. Aber größtenteils findet man das kurdische Proletariat außerhalb Kurdistans in Industriezentren wie Istanbul und den Bergbaugebieten der Türkei sowie in Bagdad – zumindest bevor die Stadt durch Sanktionen ausgehungert und durch Bombenangriffe in Schutt und Asche gelegt wurde. Gerade in den städtischen Zentren, bei dem Industrieproletariat, existiert die Macht, die das kurdische Volk zur Freiheit führen kann.“

In den kolonialen und halbkolonialen Ländern kann in der Epoche des Imperialismus nur das Proletariat an der Macht die Aufgaben vollbringen, die historisch von den klassischen bürgerlich-demokratischen Revolutionen des 17. und 18. Jahrhunderts angegangen worden waren, wie nationale Emanzipation, Land für die Bauern und formale Gleichheit vor dem Gesetz. Um den Weg zum Sozialismus zu eröffnen, müssen proletarische Revolutionen in der „Dritten Welt“ mit dem Kampf zum Sturz des Kapitalismus in den fortgeschrittenen Industrieländern Europas, Nordamerikas und in Japan verbunden werden. Dieses Verständnis, die trotzkistische Perspektive der permanenten Revolution, enthält die Erfahrung der Russischen Revolution von 1917.

Als Teil des multinationalen Proletariats des Nahen Ostens können die kurdischen Arbeiter eine führende Rolle beim Sturz des verrotteten Gefüges spielen, das im Dienste der imperialistischen Herrscher errichtet wurde. Kurdische und türkische Arbeiter in Europa, besonders in Deutschland, können ein lebendiges Bindeglied sein zur Verknüpfung

Fortgesetzt auf Seite 30



Reuters

Halabdscha, 16. März: Kurdische Demonstranten tragen einen von kurdischen Sicherheitskräften Verwundeten

Irak...

Fortsetzung von Seite 29

des kurdischen Unabhängigkeitskampfes mit dem Kampf für sozialistische Revolution im Nahen Osten und in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern Westeuropas. Dieser Kampf erfordert die Führung durch internationalistische Arbeiterparteien, die sich die Losung *Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan als Teil einer sozialistischen Föderation des Nahen Ostens* auf ihre Fahne schreiben.

Schmiedet proletarisch-revolutionäre Parteien!

Die Herrscher der Türkei, des Iran und Syriens stehen jeglichen ernsthaften Zugeständnissen an kurdischen Nationalismus im Irak einmütig feindlich gegenüber, aus Furcht,



Spartakist



Workers Vanguard

Berlin, Februar 1999: Spontaner Protest vor dem griechischen Konsulat fordert Freiheit für gefangenen PKK-Führer Abdullah Öcalan. Rechts: Einheitsfrontdemo am 30. Juli 1999 in New York

dieser würde die Kurden der ganzen Region zum Streben nach Unabhängigkeit ermutigen. Dies trifft vor allem auf die türkische herrschende Klasse zu, die seit Mitte der 80er-Jahre eine Ausrottungskampagne gegen die Kurden und die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) führt. Jahrzehntlang war die Türkei ein bevorzugter Empfänger von Waffenlieferungen der USA und der BRD und diente als wichtiger Vorposten im Kalten Krieg gegen die Sowjetunion.

Von 1984 bis 1999 tötete das türkische Militär etwa 37000 Menschen und siedelte Hunderttausende, vielleicht Millionen, kurdischer Dorfbewohner zwangsweise um, wobei es Tausende ihrer Siedlungen niederbrannte und zerstörte. Jahrelang verbot die türkische Regierung den Gebrauch der kurdischen Sprache in Schulen, im Verlagswesen, im Rundfunk und im Fernsehen. In der Öffentlichkeit Kurdisch zu sprechen war verboten. Das kurdische Volk wurde von offizieller Seite als „Bergtürken“ bezeichnet, die Namen ihrer Dörfer in türkische Namen geändert.

Die türkische Bourgeoisie hat im Rahmen von Ankaras Bewerbung für die EU-Mitgliedschaft kosmetische Reformen durchgeführt, um die Europäische Union (EU) zu beschwichtigen. So erlaubte das Regime zynischerweise kurdischsprachigen Unterricht in Privatschulen, die sich nur sehr wenige der verarmten Kurden leisten können. Kurdi-

sche Radiosendungen wurden auf vier Stunden pro Woche begrenzt und Fernsehsendungen auf zwei Stunden.

Da die Hoffnungen auf einen EU-Beitritt zurzeit schwinden, versucht das Erdogan-Regime die Wut über wachsende Arbeitslosigkeit, eine schrumpfende Wirtschaft und über Bestechungs- und Korruptionsvorwürfe durch das Schüren chauvinistischen Hasses auf die Kurden abzulenken. In den letzten 18 Monaten brodelte der zunehmende türkische Chauvinismus oft über und führte zu bürgerwehrähnlichen Gewaltakten und versuchten Lynchmorden an Kurden und an Linken.

Inzwischen hat der türkische Staat seine Repression in der Kurdenregion im Südosten verschärft, von militärischen Operationen gegen nationalistische Guerillas bis hin zur Unterdrückung von öffentlichen Protesten. Erdogan hat

ausdrücklich damit gedroht, dass „die Sicherheitskräfte gegen die Handlanger des Terrorismus eingreifen werden, egal ob sie Kinder oder Frauen sind“ (*BBC News*, 1. April). Wie die Türkei hat der Iran Tausende von Soldaten entlang der irakischen Grenze zusammengezogen, wo sie regelmäßig Stellungen der militanten iranisch-kurdischen Gruppe PEJAK beschießen, die in Irakisch-Kurdistan Zuflucht gesucht hat.

Türkische, persische und arabische Arbeiter müssen dafür gewonnen werden, die nationalen Rechte der Kurden und die Rechte anderer unterdrückter Völker zu verteidigen und so den Weg für gemeinsamen Arbeiterkampf gegen ihre gemeinsamen kapitalistischen Unterdrücker zu ebnet. Diese Perspektive ist dem kleinbürgerlich-nationalistischen Programm der PKK diametral entgegengesetzt, die jetzt auch als Volkskongress Kurdistans oder Kongra-Gel bekannt ist. Trotz ihres Anspruchs, eine „marxistisch-leninistische“ nationale Befreiungsbewegung zu sein, lehnt die PKK ein Programm des proletarisch-internationalistischen Kampfes vehement ab und appelliert dementsprechend letzten Endes an das Wohlwollen des Imperialismus.

So hat die PKK wiederholt die UNO, die EU und sogar die Vereinigten Staaten dazu aufgerufen, die Türkei zur Lösung der kurdischen Frage zu drängen. Die PKK begrüßte sogar die US-Besatzung des Irak und gab ihren Wunsch bekannt, „mit Washington über die Beteiligung an dessen Kampagne zur Demokratisierung des Nahen Ostens einen Dialog in Gang zu setzen“ (*Financial Times*, 15. April 2003).

Gegründet von Abdullah Öcalan in den 70er-Jahren, hat die PKK lange einen mutigen Kampf gegen die weit besser ausgerüstete türkische Armee geführt und Massenunterstützung unter kurdischen Landbewohnern und unter kurdischen Arbeitern in der Türkei, in Westeuropa und in anderen Ländern erhalten. Für die PKK war der Guerillakrieg ein Mittel, um die türkische Bourgeoisie zur Bewilligung von Zugeständnissen zu drängen. Und im Zuge der zunehmenden Anpassung ihrer Politik an das reaktionäre Klima der nachsowjetischen Welt ließ die PKK ihre Forderung nach einem unabhängigen Türkisch-Kurdistan fallen, indem sie erklärte, „das Existenzrecht der Kurden sollte in einer geeinten demokratischen Türkei anerkannt werden“ (*Kongra-Gel News Bulletin*, 12. November 2004).

Die PKK unterstützte Ankaras Bewerbung um Mitgliedschaft in der EU und rief die europäischen Imperialisten

dazu auf, die Schirmherrschaft über einen „Dialog“ zwischen der kurdischen Bewegung und dem türkischen Regime zu übernehmen. Das sind dieselben imperialistischen Mächte, die dem PKK-Führer Öcalan Asyl verweigerten, als er Ende der 90er-Jahre von der türkischen politischen Polizei gejagt wurde. Die Vereinigten Staaten stellten ihre Geheimdienstinformationen zur Verfügung, die dann zu seiner Entführung durch türkische Kommandos in Kenia führten. Wie die Vereinigten Staaten betrachtet die EU die PKK als eine „terroristische“ Organisation. Deutschland hat seit langem die PKK und eine Reihe kurdischer politischer, kultureller und sozialer Organisationen verboten.

Die Forderung nach Selbstbestimmung für das kurdische Volk im Irak wird von der Arbeiterkommunistischen Partei des Irak (AKP-Irak) aufgestellt, die eine gewisse Basis in Irakisch-Kurdistan besitzt. Im Jahre 2003 riefen diese Reformisten die Vereinten Nationen dazu auf, im Irak „freie Verhältnisse sicherzustellen“, und forderten den Rückzug der US- und britischen Besatzungstruppen. Die UNO ist nichts anderes als ein Instrument im Dienste der Interessen der imperialistischen Mächte. Sie ist dieselbe Institution, die seit Anfang 1990 gegen den Irak 12 Jahre lang Sanktionen verhängt hatte, die 1,5 Millionen Menschen töteten. Es waren UN-Waffeninspektionen, die dem US-Eroberungskrieg den Weg ebneten. Im letzten Jahr war die Hauptinitiative der AKP-Irak die Schaffung des Irak-Friedenskongresses (IFK), dessen Programm sich in dem Aufruf zu einer „säkularen Regierung der Einigung“ erschöpft – d. h. zur Fortführung kapitalistischer Herrschaft unter einem „demokratischen“ Deckmäntelchen.

In Grüßen an eine Konferenz kurdischer Militanter, die 1984 in Europa stattfand, stellte ein Vertreter der Spartakisten

ten die Alternative zur Geschichte des Verrats durch bürgerlich-nationalistische und reformistische linke Organisationen dar:

„Wir wissen: Der Kampf für eine vereinigte sozialistische Republik Kurdistan wird geformt werden durch die zukünftige Entwicklung des revolutionären Proletariats der ganzen Region in Richtung auf eine sozialistische Föderation des Nahen Ostens, und seinerseits beeinflusst er diese Entwicklung. Unser Modell ist Lenins Russland von 1917 bis 1924, wo die Bolschewiki den nationalen Minderheiten die Möglichkeit und die Vorteile einer



29. März: Diyarbakir, Türkisch-Kurdistan: Sondereinheit der türkischen Polizei unterdrückt Proteste nach Beerdigung nationalistischer Guerillas, die von Armee getötet wurden

Assoziation mit der Sowjetischen Föderation angeboten haben. Für unseren Teil haben wir es uns zur Aufgabe gemacht, die internationalistische Partei der weltweiten proletarischen Revolution zu schmieden, und wir sprechen zu euch mit dem Verständnis, dass von dem Aufbau dieser Partei die Zukunft der Menschheit abhängt“ (Spartakist Nr. 51, Oktober 1984). ■

Bestellt!

In türkischer Sprache:
Erklärung der Internationalen Kommunistischen Liga – Verteidigt Irak gegen Angriff von USA und verbündeten Imperialisten! Nieder mit der UN-Hungerblockade! 23. Oktober 2002 € 0,20
Grundsatzzerklärung und einige Elemente des Programms
angenommen 1998 von der III. Internationalen Konferenz der IKL € 1,-

In türkischer und kurdischer Sprache:
„Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan“
Erklärung von 1984 € 1,-

Verlag Avantgarde, Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
Konto 1 19 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01, BIC PBNKDEFF

SPARTAKIST

USA raus aus dem Irak, sofort!

Die US-Besatzung und die kurdische Frage

Der folgende Artikel wurde übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 871, 26. Mai 2006.

Unter der US-Besatzung des Irak drohen ethnische Feindseligkeiten – die in der Aufteilung des Nahen Ostens durch die Imperialisten begründet liegen und durch die jahrzehntelange bürgerlich-nationalistische Herrschaft geschürt wurden – in einem allseitigen Blutvergießen zu explodieren. Der Bombenanschlag auf die schiitische Al-Askaria-Moschee in Samarra im Februar löste einen Ausbruch kommunalistischer Gewalt zwischen schiitischen und sunnitischen Muslimen aus, der Hunderte, zumeist Sunniten, das Leben kostete.

Fast täglich tauchen Leichen von Opfern kommunaler Milizen oder der schiitisch dominierten Polizeikräfte in und um Bagdad auf, oft abscheulich gefoltert und dann wie bei einer Hinrichtung umgebracht. Zehntausende sind angesichts der „ethnischen Säuberungen“ gemischter Dörfer und Stadtviertel durch sunnitische, schiitische oder kurdische Kräfte geflüchtet. Dies alles zusätzlich zu den brutalen Massakern, Massenverhaftungen und weit verbreiteter Folter, die direkt von US-Streitkräften ausgeführt werden.

Der Zynismus von Washingtons Behauptung, dem Irak Demokratie zu bringen, zeigte sich erst kürzlich durch eine Marionettenregierung, die am 20. Mai vorgestellt wurde. Wie die vorhergehende Regierung ist sie von schiitischen und kurdischen Parteien dominiert, auf Kosten der Minderheit sunnitischer Araber, deren Führer unter dem Regime von Saddam Hussein eine beherrschende Rolle gespielt hatten. Die Ministerien der Verteidigung, des Inneren und der nationalen Sicherheit sind noch immer nicht besetzt, weil jede ethnische Gruppe die mörderischen Folgen fürchtet, wenn ihre Rivalen Kontrolle über die Streitkräfte und die Polizei erlangen.

Gebäude in Kirkuk, bedeutende Stadt in Irakisch-Kurdistan, von US-Bomben zerstört, April 2003. Links: Kurdischer nationalistischer Führer Massoud Barsani begrüßt Condoleezza Rice, Mai 2005



Getty



AP

Die imperialistische Besatzung hat in der irakischen Gesellschaft fruchtbaren Boden für reaktionäre Kräfte geschaffen, von islamischen Fundamentalisten und rivalisierenden Klanführern bis hin zu üblen bürgerlichen Nationalisten. Während diese Kräfte nun einander gegenseitig an die Gurgel gehen, sind einem Bürgerkrieg innerhalb der Grenzen des Irak und einer erheblichen Destabilisierung in der Region Tür und Tor geöffnet. Sunnitische arabische Führer im ganzen Nahen Osten sind über die Tatsache erzürnt, dass mit dem Irak zum ersten Mal seit Jahrhunderten ein arabisches Land von Schiiten beherrscht wird. Die wahabitischen Herrscher des benachbarten Saudi-Arabiens, wo die Bevölkerung im östlichen Landesteil überwiegend schiitisch ist, sehen mit Schrecken den wachsenden Einfluss des schiitischen Iran im Südirak. Das türkische Regime von Recep Tayyip Erdogan hat etwa 250 000 Soldaten, unterstützt von Panzern und Kampfhubschraubern, im südöstlichen Landesteil entlang der irakischen Grenze zusammengezogen, um jegliches Aufflammen kurdischer Unabhängigkeit im Keim zu ersticken.

Fortgesetzt auf Seite 28

Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan!